

Crash, Kürzung und Corona

Christian Mayer & Felix Ruga

Nachdem die Kursverläufe an der Börse in den letzten Jahren vergleichsweise stabil verlaufen sind, brechen sie seit ca. einem Monat weltweit rapide ein. Und spätestens mit der Ausbreitung des Corona-Virus' zur Pandemie wird die globale Krise immer greifbarer. Doch betrachtet man zentrale Wirtschaftszweige in Deutschland wie Autos oder Chemie, war es nur eine Frage der Zeit, denn der Niedergang war dort schon in vollem Gange.

Was zuvor geschah:

Die deutsche Industrie baut auch ohne Virus ab.

In den letzten sechs Monaten wurden von verschiedenen mittelgroßen bis großen Unternehmen Stellenabbau und Sparprogramme angekündigt, nachdem ständig das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert wurde und sich überall die Sorge um eine kränkelnde Industrie breit machte. Hauptsächlich kündigten die großen Autobauer diese Sparprogramme an, die sehr harte Einschnitte bei der Belegschaft darstellen. Egal ob nun VW, Daimler, Audi oder auch Zulieferer wie Bosch, Continental, Mahle, Brose; ja sogar der Chemiekonzern BASF hat Personalabbau von insgesamt mehreren 10.000 Beschäftigten angekündigt.

Die offiziellen

Begründungen seitens der Kapitalist_Innen waren damals zumindest in der Automobilindustrie immer dieselben: Neben den Altlasten des „Abgasskandals“ müsse man auf die aktuellen Entwicklungen des Weltmarktes reagieren, bzw. Geld für die bevorstehende „Transformation“ beiseitelegen. Mit „Transformation“ ist hier die Umstellung auf E-Mobilität gemeint, wie auch die Einführung von Industrie 4.0 im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Produktionsprozesse. Laut Studien werden mehrere 100.000

Arbeitsplätze allein durch die Einführung vollständig automatisierter Fertigungsprozesse überflüssig, die ohne menschliches Zutun auf Basis der Nutzung von künstlicher Intelligenz ablaufen und bei der die Maschinen mittels Datennetzen miteinander kommunizieren. Nichts anderes bedeutet die Einführung von Industrie 4.0: Es wird ein riesiges Heer an Arbeitskräften freigesetzt, die alle auf den Arbeitsmarkt drängen und nach Ersatzbeschäftigungen suchen. Diese kann aber das bestehende System nicht anbieten, da mögliche Umschulungsprogramme aus Kostengründen abgelehnt werden.

In den letzten 10

Jahren, also seit der letzten großen Finanzkrise, hat sich die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt.

Zwar konnten sich große Binnenwirtschaften wie die der USA wieder erholen und Länder wie China verzeichnen seit Jahren ein permanent hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings konnten andere Wirtschaftsräume wie die EU kaum bis gar kein Wachstum erzielen, die gegenteilige Entwicklung ist der Fall. Auch Lateinamerika, das eine Zeit lang der Hoffnungsträger für die positive Entwicklung der Weltwirtschaft war, steckt seit Jahren in einer zunehmenden Krise fest. Allein Staaten wie Venezuela oder auch Argentinien stehen am Rande des Staatsbankrotts mit noch nicht absehbaren Folgen für die lokale wie auch die Weltwirtschaft und das trotz eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten des Mercosur-Raumes und der EU. Dies wurde noch mit einem beschleunigenden Niedergang an den Rohstoffmärkten verstärkt. Vor allem der Ölpreis fiel schon seit letztem September im Zuge fehlgeschlagener Verhandlungen zwischen den ölfördernden Ländern rapide und man sprach schon von einer neuen Ölkrise. Dies stellt eine existentielle Bedrohung für die Länder dar, die von dessen Förderung abhängig sind. Hinzu kommen auch die nach wie vor unklaren Auswirkungen des Brexits, bei dem die Feinarbeiten an der Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Staaten und Großbritannien erst begonnen haben.

Die

Corona-Pandemie ist also letztlich nur ein Auslöser aber nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert und das hat bis heute destabilisierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, indem sich zum Beispiel durch Spekulation in einigen Sektoren große Blasen bilden.

Und dann auch noch Corona

In diese Schwächelage hat nun Anfang diesen Jahres ein weiterer Faktor die Karten neu gemischt: das Corona-Virus. Die Auswirkungen und dabei vor allem die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung sorgen seitdem dafür, dass die so empfindliche globalisierte Marktwirtschaft vollends crasht. Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Die Quarantänemaßnahmen, die in vielen kapitalistischen Staaten beschlossen wurde, sind nicht aus Menschenliebe passiert. Vielmehr drücken sie Kalkulationen des Kapitals aus, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Pandemie die Wirtschaft mehr kosten würde, als es aktuellen Schutzmaßnahmen tun. Das ewige Hinundher und das lange Zögern der bürgerlichen Regierungen widerspiegeln diesen Abwägungsprozess, der darüber hinaus auch schnell zu anderen Resultaten kommen kann.

Die Rezession hat sich jedoch schon vor der Pandemie abgezeichnet: China als Lokomotive des Weltmarktes wurde als erstes in der Millionenstadt Wuhan getroffen und hat Ende Januar begonnen, riesige Gebiete vom Verkehr abzuriegeln und mit Essen und medizinisch zu versorgen, was sowohl Kapital als auch Arbeitskraft band. Das öffentliche Leben vor Ort kam durch Ausgangssperren zum Erliegen und in ganz China wurden Wirtschaftsabläufe gestört und teilweise heruntergefahren, wenn

deren Produktion mit den abgeriegelten Gebieten zusammenhing. Dadurch sank zunächst der Ausstoß und bald auch die Nachfrage des chinesischen Marktes und damit kamen auch weltweite Produktions- und Lieferketten zum Erliegen. Ironischer Weise kann etwa das Organisieren von Nachschub für Atemschutzmasken schwieriger sein, da diese überwiegend in China produziert werden. Auch Apple spürte die ersten Auswirkungen schon damals, da z.B. der Elektronik-Riese Foxconn ebenfalls überwiegend in China produzieren lässt und Apple mit massenhaft Teilen beliefert. Daher wurde auch der Produktionsbeginn für ein neues Smartphone um Monate verschoben. Gerade anhand der Ausfälle in der Produktion kann man sehr gut sehen, wie stark die Abhängigkeit von China als Produktionsstandort weltweit geworden ist.

Diese Belastung wurde selbstverständlich ungleich verstärkt, indem sich Covid-19 von einer lokalen Massenerkrankung zur Pandemie entwickelt hat und nun vor allem Europa und die USA betrifft. Dadurch bricht nun Panik aus, jedes Land fährt einen nationalen Alleingang und die Grenzen werden dicht gemacht. Dies blockiert nun auch hier die Produktions- und Lieferketten. Dazu werden wie auch in China heftige und sehr autoritäre Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Ausgangssperren und Zwangsschließungen öffentlicher Treffpunkte verordnet. Zwar werden die meisten Industriestandorte nicht zwangsgeschlossen, doch aus Gewinneinbrüchen fahren Stück für Stück alle großen Betriebe runter: Zunächst die Flug- und Reiseunternehmen, nun auch die Autoindustrie, Zulieferer, Chemieunternehmen und weite Teile der restlichen Industrie. Wenige schaffen es, dann doch noch mit der Krise ihre Profite zu machen: Trigema macht jetzt Atemschutzmasken, BASF Desinfektionsmittel, Maschinenbauunternehmen wechseln zu Beatmungsgeräten. Selbstverständlich ist das bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, die deutsche Industrie hat momentan nichts zu lachen und die Börsen befinden sich auch im freien Fall. Wie tief der Fall wird, kann natürlich niemand voraussehen.

Wie

die Staaten reagieren und was wir machen müssen!

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für das nationale Kapital sind dabei weitestgehend ausgereizt: Der Leitzins kann nicht mehr gedrückt, die Steuern für's Kapital kaum noch herabgesenkt werden. Klar ist, dass die Unternehmen versuchen werden, die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abzuladen. Wenn wir keinen Widerstand organisieren, warten also massive Entlassungswellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialkürzungen und der weitere Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf uns.

Ebenso

werden die kapitalistischen Staaten, die zur Eindämmung der Pandemie dringend nötigen Einschränkungen von Produktion und öffentlichem Leben nicht solange aufrechterhalten können, wie es aus medizinischer Sicht notwendig wäre. Kein kapitalistischer Staat kann über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg mit einem so niedrigen Produktionsniveau überleben. Da im Kapitalismus Profite mehr als Menschenleben zählen, werden die Infektionsschutzmaßnahmen spätestens dann zurückgefahren, wenn sie für die Kapitale zu teuer werden. Und, wenn ein Staat beginnt die Wirtschaft wieder hochzufahren, müssen die anderen nachziehen, da ein derartiger Konkurrenznachteil ihr volkswirtschaftliches Todesurteil bedeuten könnte. Es warten also nicht nur massive soziale Angriffe, sondern auch ein tausendfaches Sterben auf uns.

Eine

internationale sozialistische Planwirtschaft könnte dagegen über längere Zeit hinweg mit dem rein gesellschaftserhaltenden Produktionsniveau überleben, da es in ihr ja keinen konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung gibt. Ebenso wäre sie weitaus schneller und effektiver in der Lage, die Produktion auf die dringend notwendigen Güter wie Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken etc. umzustellen. Es gäbe genug Intensivbetten für alle, da das Gesundheitssystem als

gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, in der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, Pflegemangel oder Fallpauschalen keinen Sinn ergeben. Auch die ökonomische Existenz eines jeden Menschen wäre gesichert, da niemand um seinen_ihren Arbeitsplatz oder seine_ihre Miete fürchten müsste. Da es auch keine nationale Abschottung und Konkurrenz um das Patent für Impfstoffe gäbe, wäre auch (im Gegensatz zu den aktuellen nationalen Alleingängen) ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Pandemie möglich.

Der Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beginnt damit, dass wir uns den geplanten Angriffen auf unsere Klasse entgegenstellen. Die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien sind dagegen aktuell eher auf nationalistischen Kuschelkurs mit dem Kapital aus. Aus den Reihen der Linkspartei wurde geäußert, dass es aktuell „nicht die Zeit für Oppositionspolitik“ sei. Wir Arbeiter_innen, Jugendliche und Migrant_innen müssen unsere Interessenvertretungen durch eigene Forderungen unter Druck setzen und selber die Initiative ergreifen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen. Wir fordern:

- Keine Entlassungen während der Pandemie! Volle Lohnfortzahlung aus den Profiten der Kapitalist_Innen!
- In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten!
- In allen Berufen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Kostenlose Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle! Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Für Beatmungsgeräte statt SUVs!
- Verstaatlichung aller Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore!
- Für offene Grenzen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können!

- Corona war nur Auslöser der Krise, nicht die Ursache! Das Problem liegt im kapitalistischen System!
-

Droht der Krieg in Syrien zum Flächenbrand zu werden?

von Dilara Lorin und Martin Suchanek, zuerst erschienen unter
<http://arbeiterinnenmacht.de/2020/02/29/krieg-syrien/>

Hunderttausende, wenn nicht Millionen, befinden sich in Syrien auf der Flucht. Die Offensive der syrischen Armee sowie ihrer russischen und iranischen Verbündeten sollte ein weiteres blutiges Kapitel im Bürgerkrieg zum Abschluss bringen – die Rückeroberung Idlibs samt Vertreibung Hunderttausender, der Zerschlagung der oppositionellen bewaffneten Gruppen – egal ob nur dschihadistisch, pro-westlich oder verbliebene Restbestände der demokratischen Opposition.

Zweifellos kalkulierten das syrische Regime wie auch seine Verbündeten, dass sie dieses mörderische Unternehmen rasch durchziehen konnten. Protestnoten der zur „Weltgemeinschaft“ hochstilisierten westlichen Mächte waren einkalkuliert, ein Stillhalten der Türkei, der Russland (und damit das Assad-Regime) wichtige Teile Nordsyriens und vor allem Rojavas überlassen hatten, ebenfalls.

Doch wie schon in Libyen erweist sich die Putin-Erdogan-Allianz als brüchig. Sie ist praktisch am Ende. Beide Räuber, beide „Sieger“ wollen ihren Teil vom Kuchen. Das Assad-Regime will erst recht nicht mehr auf die Türkei Rücksicht nehmen.

Umgekehrt droht nun der Krieg, selbst zu eskalieren, von einem StellvertreterInnenkrieg in einen heißen Krieg umzuschlagen. Selbst wenn

keine der Parteien diese Entwicklung anstrebt, so spielen sie doch mit dem Feuer. Während Russland weitere Kriegsschiffe ins Mittelmeer beordert, ruft die Türkei die NATO-PartnerInnen an. Die Trump-Administration sieht die Chance gekommen, verlorenen Einfluss wiederherzustellen, und verspricht Unterstützung. Die NATO erklärt ihre Solidarität mit dem Mitgliedsstaat, auch wenn sie noch offenlässt, welche praktischen Formen diese annehmen soll. Bei allem Gerede von Besorgnis ob der Eskalation könnte sich die Konfrontation in den nächsten Tagen massiv zuspitzen, im extremsten Fall aus dem syrischen BürgerInnenkrieg ein Krieg zwischen Russland und NATO werden.

Lage in der Türkei

Im Folgenden wollen wir die Lage in der Türkei genauer betrachten.

In den vergangenen Tagen starben laut türkischen Nachrichtenagenturen bis zu 33 Soldaten in Idlib, einer Stadt im Nordwesten Syriens, durch syrische Luftangriffe. Laut der kurdischen Nachrichtenagentur ANF (Firatnews Agency) sind bis zu 113 Soldaten ums Leben gekommen. Mehrere Videoaufnahmen kursieren im Internet, die von mehreren hundert „Märtyrern“ sprechen, und türkische Soldaten beklagen, „man komme aus Idlib nicht mehr lebend heraus“.

Der Kurznachrichtendienst Twitter ist seit gestern Abend in der Türkei geschlossen, um keine weiteren Meldungen über den Krieg und die getöteten Soldaten zu verbreiten. Aber die Grenzregion zu Syrien liegt lahm, die Krankenhäuser sind überfüllt mit Leichen und das Gesundheitsministerium ruft die Bevölkerung dazu auf, Blut zu spenden. Das deutet darauf hin, dass die Opferzahlen wahrscheinlich viel höher sind als die 33.

Die Türkei führt gerade einen offenen Krieg in Syrien gegen das Assad-Regime, faktisch auch einen gegen seinen Verbündeten Russland. Dass die Türkei seit dem 27. Februar ihre Grenzen nach Europa für syrische Geflüchtete geöffnet hat und diese nicht mehr darin hindert, dorthin auszureisen, bedeutet für sie nur, die Geflüchteten als Spielball zu benutzen. Sie möchte damit die EU unter Druck setzen und zwingen, im Krieg um Idlib

auf ihrer Seite einzugreifen oder jedenfalls Unterstützung zu gewähren. Dies könnte auch zu einem Krieg zwischen Türkei, EU und Russland führen.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu steht im Telefonkontakt mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Dieser verkündete am 28. Februar, dass die NATO die Türkei auch militärisch unterstützen und die Luftverteidigung stärken wird. Teile der NATO stellten sich schon vorher und während des Manövers in Idlib auf die Seite der Türkei, welche mit dschihadistischen Truppen wie der Division Sultan Murad und Ahrar Al-Sharqiya (Freie Männer des Ostens) zusammen kämpft.

Das Leid der 3 bis 4 Millionen ZivilistInnen in Idlib jedoch wird in der Türkei kaum gehört. Mehrere tausende Menschen, welche vom syrischen Regime teils zwangsumgesiedelt wurden, befinden sich in Idlib unter türkisch-dschihadistischem und syrisch-russischem Beschuss.

Während Russland und Syrien, die Türkei und USA Stellung beziehen und eine weitere Eskalation droht, laviert die schwächelnde EU. Sie fordert ein Ende der Kampfhandlungen, unterstützt zur gleichen Zeit den NATO-Verbündeten. Mit der Türkei freilich hadert sie um die Frage der Geflüchteten, denen sie auf keinen Fall helfen will.

Die Öffnung der türkischen Grenzen bedeutet längst nicht, dass die Menschen, die fliehen, allzu weit kommen. Frontex wurde in den letzten Jahren weiter aufgerüstet, an die EU-Außengrenzen werden mehr und mehr Polizei und Grenzschutzeinheiten beordert. Wird der Andrang zu groß, kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass der bewaffnete Arm der Frontex auf Menschen an den Grenzen schießen wird. Es droht somit eine humanitäre Krise der Menschen in Idlib und der Millionen Flüchtlinge des Bürgerkriegs.

Aktuell sammeln sich größere Gruppen von Geflüchteten vor Edirne, einer türkischen Grenzstadt nahe Bulgarien und Griechenland, sowie in Izmir und anderen Hafenstädten im Westen der Türkei und versuchen, der Hölle von Bürgerkrieg und Vertreibung zu entkommen. Wir brauchen offene Grenzen für alle! Jetzt sofort! Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass alle, die nach Europa wollen, sichere Fluchtwege über Meer oder Land erhalten und

sich in den Ländern ihrer Wahl niederlassen, arbeiten und eine Existenz aufbauen können.

Geostrategische Gründe

Der türkische Einmarsch in Syrien erfolgte – wie die Intervention aller anderen Mächten – aus geostrategischen Gründen. Ursprünglich ausgezogen, Assad selbst zu stürzen, will Erdogan nun ein möglichst großes Stück von der Beute, sprich die Neuordnung des Landes mitbestimmen. Den Einmarsch türkischer Truppen, die Eroberung Afrins und anderer kurdischer Städte stellt er als Akt der „Verteidigung“ des Landes dar, ganz so wie Russland, Iran und Syrien die brutale Wiedererrichtung des Assad-Regimes zum „Kampf gegen den Terrorismus“ verklären.

Doch der Krieg könnte für Erdogan leicht zum Bumerang werden. Die Türkei befindet sich in einer wirtschaftlich sehr schlechten Lage und ein Krieg trägt sicherlich nicht zu einer Erholung bei. Im Gegenteil, die ArbeiterInnenklasse wird zu den Kriegen einberufen und muss für die Interessen eines Staates sterben, der vielen nicht einmal genug zum Überleben bieten kann. Der Mindestlohn reicht kaum, um sich und seine Familie zu ernähren. Die Lebensqualität sinkt mit jedem anbrechenden Tag und nun werden junge Lohnabhängige auch noch zur Armee berufen, um in einem Krieg zu sterben, der in keinsten Weise ihren Interessen dient.

So wie die ArbeiterInnenklasse Russlands oder Irans, so muss auch die türkische ArbeiterInnenklasse „ihrer“ Regierung jede Unterstützung verweigern. Der Krieg Erdogans ist nicht unser Krieg. Es hilft jedoch nicht, sich über den Tod türkischer Truppen und Soldaten zu freuen, es kommt darauf an, Erdogan und das Regime zum Rückzug aus Syrien zu zwingen – und zwar nicht nur aus Idlib, sondern auch aus Rojava und allen anderen Gebieten.

Ein Rückzug aus Idlib allein – ob nun infolge syrisch-russischer Militärschläge oder durch ein weiteres „Waffenstillstandsabkommen“ – würde schließlich bedeuten, dass sie weiter Besatzungsmacht in Nordsyrien/Rojava bleibt. So kontrolliert sie strategisch wichtige

Verkehrsknotenpunkte der nordsyrischen Region wie die Autobahn M14, die Antalya mit Mossul verbindet, und dem türkischen Staat dienen soll, im arabischen Raum besser Fuß zu fassen. Sie wird weiterhin Besatzungsarmee der kurdischen Gebiete sein und dschihadistische Strukturen weiter aufbauen, bewaffnen und unterstützen.

Nein zum Krieg! Abzug aller imperialistischen Truppen und Regionalmächte!

In der Türkei, in Russland und den NATO-Staaten brauchen wir eine breit aufgestellte Einheitsfront von Organisationen, Gewerkschaften und Parteien der ArbeiterInnenklasse. Denn nur die ArbeiterInnenklasse kann in internationaler Solidarität mit den Geflüchteten, KurdInnen, der ArbeiterInnenklasse und demokratischen Opposition in Syrien diesen Krieg stoppen! Wer soll eingezogen werden, wenn wir streiken? Wie soll die Türkei weiter Krieg führen, wenn die ArbeiterInnenklasse sich mit den bis zu vier Millionen ZivilistInnen in Idlib und den drei Millionen KurdInnen in Nordsyrien solidarisiert, auf die Barrikaden geht und einen Generalstreik ausruft?

Alle Räder stehen still, wenn die Klasse das auch will, und natürlich ist damit auch das Rad eines Panzers gemeint!

Wir brauchen keine weiteren imperialistischen AkteurInnen und Regionalmächte im Krieg in Syrien, die allesamt nur für ihre eigenen Profite und strategischen Interessen kämpfen. Es war schon ein richtiger Schritt, dass sich viele türkische und internationale Linke gegen den Einmarsch der Türkei in die kurdischen Gebiete in Syrien aussprachen und sich mit den KurdInnen solidarisierten, aber Solidarität darf und kann nicht bei Lippenbekenntnissen stehenbleiben! Es muss eine gemeinsame Mobilisierung diskutiert und umgesetzt werden, um die drohende Ausweitung des Kriegs zu verhindern und der Zivilbevölkerung in Idlib beizustehen.

Die ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften müssen erkennen, dass die Intervention der Türkei in Syrien nicht dem Schutz der Bevölkerung dient,

sondern nur eigenen Machtinteressen und der Verhinderung kurdischer Selbstbestimmung. Sie muss erkennen, dass eine etwaige US-amerikanische oder NATO-Intervention nur dazu führen, kann dass der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten eine militärische Form annimmt, sich zu einem internationalen Flächenbrand ausweiten kann. Daher: Nein zu jeder NATO-Intervention! Abzug aller deutschen, französischen, US-amerikanischen Truppen, nein zu allen westlichen imperialistischen Sanktionen! Öffnung der EU-Grenzen für die Flüchtlinge! Sie muss aber auch erkennen, dass die Intervention Russlands und Irans keinen Akt des „Anti-Imperialismus“, sondern selbst nur nackte und brutale Verfolgung eigener geostrategischer Interessen bedeutet. Sie muss erkennen, dass sie mit dem Assad-Regime eine mörderische Kriegsmaschinerie am Leben hält, die für den Tod Hunderttausender und die Vertreibung von Millionen verantwortlich ist.

Ob sich der Krieg in Syrien zu einer internationalen Konfrontation ausweitet oder ob er am Verhandlungstisch auf dem Rücken der Bevölkerung“ befriedet“ wird – wir dürfen nicht auf die Assads und Erdogans, die Putins und Trumps, aber auch nicht die Merkels und Macrons unsere Hoffnungen setzen. Sie sind alle Teil des Problems.

Nur eine gemeinsame, internationale Anti-Kriegsbewegung, die sich auf die ArbeiterInnenklasse stützt, kann in der Aktion verhindern, dass sich der syrische BürgerInnenkrieg weiter ausweitet, ja zu einer Konfrontation zwischen NATO und Russland wird.

- Abzug aller imperialistischen Truppen und Regionalmächte aus Syrien, vor allem der türkischen, russischen und iranischen Truppen!
- Nein zu jeder Intervention und Waffenlieferungen an Erdogan oder Assad!
- Abzug aller NATO-Truppen aus der Region, Schließung der NATO-Basen in der Türkei!
- Schluss mit dem EU-Türkei-Deal! Öffnung der europäischen Grenzen für alle Geflüchteten!
- Unterstützung für Rojava sowie für die ArbeiterInnenklasse, die demokratische und sozialistische Opposition in Syrien!

Flucht und Sexismus

Lydia Humphries, Unterstützerin Red Flag Großbritannien,
Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Reisen von Frauen, intersexuellen und nichtbinären Menschen, die nach Großbritannien einwandern, werden durch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe, Ausbeutung und Gewalt erschwert und gefährlich. Wenn sie in Großbritannien ankommen, sehen sie sich den rassistisch-frauenfeindlichen, -homophoben und -transphoben Strukturen des britischen Einwanderungssystems gegenüber.

Die unmenschlichen Praktiken der Inhaftierung in Abschiebezentren für EinwanderInnen (IRCs) werden durch die institutionell vorherrschenden sexuellen Übergriffe verstärkt. Viele der Personen in den IRCs fliehen bereits vor Missbrauch, was ihre Inhaftierung nach britischem Recht illegal macht. Aber eine gut dokumentierte „Kultur des Unglaubens“, die in der „feindlichen Umgebung“ Großbritanniens eingebettet ist, lässt MigrantInnen, die sexuelle Übergriffe überlebt haben, oft schutzlos zurück. Eine solche Ungläubigkeit konfrontiert LGBTQI+-Menschen, die vor Verfolgung wegen ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität fliehen, wobei viele gezwungen sind, ihre Unterdrückung vor Berufungsgerichten zu „beweisen“, und ihnen diese dennoch immer noch nicht geglaubt wird.

Die AktivistInnen arbeiten gegen die volle Kraft des rassistischen und chauvinistischen britischen Staates, um auf die

Entmenslichung von MigrantInnen aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 traten 120 Menschen in Yarl's Wood in den Hungerstreik, um gegen die unbefristete Haft, ausbeuterische Arbeit, den Mangel an angemessener medizinischer Versorgung und die nicht freiwillige Abschiebung zu protestieren, neben geschlechtsspezifischeren Themen wie der Inhaftierung von Missbrauchsüberlebenden. Im Jahr 2016 enthüllten Stonewall und die Lesben- und Schwulen-Immigrationsgruppe des Vereinigten Königreichs den fehlenden Zugang zu Medikamenten, Schutz und „sicherer Zuflucht“ für LGBTQI+-Personen in Haft.

An anderer Stelle protestierte der Südost-Londoner Zweig der feministischen Direktaktionsgruppe Sisters Uncut gegen die Anstellung von Einwanderungsbeamten in den örtlichen Diensten für häusliche Gewalt und beleuchtete, wie zwischenmenschliche und staatliche Gewalt ineinandergreifen, so dass Frauen und nichtbinäre MigrantInnen aus Angst vor Abschiebung ihre Täter nicht verlassen können. Diese Kampagne lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen von No Recourse to Public Funds (Kein Rückgriff auf öffentliche Gelder; NRPF), einer Bedingung für den Einwanderungsstatus aus Nicht-EU-Ländern, die MigrantInnen und Asylsuchenden den Zugang zu sozialen Ressourcen wie Flüchtlingsbetten verwehrt, wogegen die sich die Labour-Kampagne für Freizügigkeit wendet.

Während solche Kampagnen diese Themen weiter ins politische

Rampenlicht gerückt haben, waren die Reaktionen der PolitikerInnen frustrierend unzulänglich. In ihrem Manifest für 2019 verpflichtete sich die Labour Party zur Schließung der berüchtigten, gewalttätigen Gefangenenlager Yarl's Wood und Brook House, ohne sich jedoch unmissverständlich gegen die Einwanderungshaft auszusprechen.

Darüber hinaus lösen PolitikerInnen oft die Probleme, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, von dem „feindlichen Umfeld“ und den damit verbundenen Sparmaßnahmen ab, in die sie eingebettet sind. Ein Beispiel für diese Praxis ist der Fokus liberaler feministischer Abgeordneter auf den Sexhandel. Wie die Autorinnen von „Revolting Prostitutes“, Molly Smith und Juno Mac, argumentieren, stellen Kampagnen gegen den Menschenhandel ihn oft so dar, als ob einzelne Männer die Frauen in eine böse Sexindustrie entführen, und leugnen die Tatsache, dass der Menschenhandel oft dann stattfindet, wenn diejenigen, die bereits migrieren wollen, aufgrund des Mangels an sicheren, erschwinglichen und legalen Wegen, über die sie sich bewegen können, der Ausbeutung ausgesetzt werden.

Solche Kampagnen führen oft zu Forderungen nach der Kriminalisierung von Sexarbeit als Lösung für den Menschenhandel. Die Labour-Abgeordneten Jess Phillips und Sarah Champion, prominente Mitarbeiterinnen des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses „Prostitution und weltweiter Sexhandel“, spiegeln diesen Gedankengang wider. Sie verknüpfen routinemäßig Menschenhandel mit Sexarbeit und nutzen ihre Unterstützung für die Opfer des Menschenhandels, um für das nordische Modell zu werben, eine Politik,

für die Jeremy Corbyn ebenfalls vage Lippenbekenntnisse abgegeben hat, die Käufer von Sexarbeit und Dritte, die mit dieser in Verbindung stehen, kriminalisieren würde.

Wie SexarbeiterInnen in aller Welt argumentieren, würde jede Form der Kriminalisierung das Überleben von SexarbeiterInnen grundlegend erschweren. Dazu gehören auch migrantische SexarbeiterInnen, die sich möglicherweise für Sexarbeit entscheiden, weil sie keine gesetzlichen Rechte auf Arbeit oder den Zugang zu Sozialleistungen haben, Aspekte eines „feindlichen Umfelds“, die tief mit denselben gewaltsam rassistischen Grenzen verflochten sind, die andere für MenschenhändlerInnen anfällig machen.

So übersieht die Verschmelzung von Sexarbeit und Menschenhandel – die Schuld für beides wird der männlichen Gewalt zugeschoben – die Art und Weise, in der beide als unterschiedliche geschlechtsspezifische Manifestationen der rassistischen und migrantenfeindlichen Strukturen der Klassengesellschaft angesehen werden können, die zu überleben versucht wird.

Sie ignoriert auch die Realität, dass die Wege in die Sexarbeit, auch für MigrantInnen, oft durch einen Mangel an gut bezahlten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Kürzungen der Sozialleistungen, die den Schwächsten schaden, genährt werden. Eine solche Rhetorik verschleiert also die gemeinsamen Unterdrückungen zwischen MigrantInnen und anderen Menschen aus der ArbeiterInnenklasse, was den Aufbau von Solidarität zwischen den Gruppen erschwert.

Dieser Fokus auf den Menschenhandel trägt auch dazu bei, dass die gewalttätigen patriarchalischen Kräfte in den halbkolonialen Ländern vereinfacht mit dem Vereinigten Königreich kontrastiert werden, das als

liberaler sicherer Hafen für Frauen und LGBTQI+- Menschen dargestellt wird.

PolitikerInnen aller Couleur haben diese Rhetorik wiedergekaut. Wie die Schriftstellerin Maya Goodfellow argumentiert, verschleiern die Förderung Großbritanniens als ein einladender, fortschrittlicher Staat seine gewaltsam kolonialistische Geschichte und seine bewusst „feindliche“ Gegenwart.

Jede linke oder sozialistische Alternative muss diese Rhetorik grundlegend in Frage stellen. Wir müssen erkennen, dass die miteinander verflochtene Einwanderungs- und Sparpolitik Großbritanniens entscheidend zur gewaltsamen Unterdrückung von Frauen und nichtbinären MigrantInnen

beiträgt. Dies muss ein Engagement für offene Grenzen und die Bereitstellung

sicherer Migrationsrouten durch Europa und darüber hinaus einschließen, wobei

das „feindliche Umfeld“ in Frage gestellt werden muss, das Frauen und LGBTQI+-Asylsuchende weiter dem Missbrauch aussetzt und sie dann zwingt, diesen

Missbrauch erneut zu erleben, um Zuflucht zu finden. Es gibt keine „humanen“

Gefangenenlager, und der Kampf für Frauenrechte muss den für die Beendigung der

unbefristeten Haft und die Schließung von IRCs für EinwanderInnen einschließen.

Die Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel muss mit der Unterstützung

der Rechte von SexarbeiterInnen einhergehen, wobei die entscheidenden Unterschiede

zwischen Menschenhandel und Sexarbeit anerkannt werden müssen. Dennoch muss man

verstehen, wie beide mit einem Kontext von Grenzen, Sparmaßnahmen und dem

Mangel an sicheren, legalen Alternativen zusammenhängen. Grundsätzlich müssen

wir anerkennen, dass die Rechte von Frauen und MigrantInnen Klassenfragen und ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sind.

LGBTQ in Tunesien: Interview mit einem tunesischen Aktivist

Robert Teller, Gruppe ArbeiterInnenmacht Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Alaa Khemiri ist ein tunesischer Rechtsanwalt, der auf die Verteidigung von LGBTQ-Menschen vor staatlicher Repression spezialisiert ist. Er ist seit der Revolution von 2011 ein Aktivist in der tunesischen Linken.

Hallo Alaa. Du bist Rechtsanwalt und verteidigst LGBT-Menschen, die in Tunesien von staatlicher Repression betroffen sind. Wie sieht diese Repression aus?

Die LGBT-Community wird vom tunesischen Staat mithilfe des Strafrechts verfolgt. Gemäß Artikel 230 des Strafgesetzbuchs steht auf homosexuellen Geschlechtsverkehr bis zu 3 Jahre Gefängnis und eine zusätzliche Geldstrafe. Artikel 226 richtet sich gegen Transgender-Personen, weil diese die „öffentliche Moral“ verletzen. Darüberhinaus sind die tunesischen Gerichte Homosexuellen gegenüber feindlich eingestellt. Sie wenden nicht nur die genannten Paragraphen an, sie gehen sogar über die

gesetzlichen

Straftatbestände hinaus und behandeln die homosexuelle Identität als Verbrechen, obwohl Artikel 230 nur den Geschlechtsverkehr kriminalisiert und nicht bereits die sexuelle Orientierung.

In der Praxis wandern Homosexuelle ins Gefängnis, ob sie sexuelle Beziehungen hatten oder nicht. Die tunesischen Gerichte ordnen bei männlichen Homosexuellen Anal-Untersuchungen an, um sexuelle Kontakte nachzuweisen. Andere Gerichte gehen sogar noch weiter. Manchmal reicht es aus, dass ein Mann „verweiblicht“ erscheint, damit ein Gericht ihn als Homosexuellen ansieht und entsprechend bestraft.

Lesbische Frauen und bisexuelle Frauen und Männer haben es etwas leichter. Gerichte können Homosexualität bei Frauen nur schwer nachweisen, weil kein medizinischer oder sonstiger „Test“ hierfür anerkannt ist. Auch bisexuelle Männer können nur schwer der Homosexualität „überführt“ werden, sofern sie mit einer Frau verheiratet oder verlobt sind. Die Heirat verleiht ihnen eine soziale Legitimität. Viele Homosexuelle heiraten aus diesem Grund, um ihre wirkliche Identität zu verbergen und gesellschaftlicher Stigmatisierung und Ausgrenzung zu entgehen.

Tunesien scheint nach der Wahl von Kais Saied von einer Welle des Populismus erfasst zu sein, wie auch viele andere Länder. Denkst du, dass es für LGBT-Menschen schwieriger wird?

Die rechtliche Situation für Homosexuelle hat sich nicht verändert. Aber die Äußerungen von Kais Saied vor der Wahl waren

homophob und populistisch. Für ihn ist Homosexualität pervers und ein Virus, das der Westen verbreitet hat, um die tunesische Gesellschaft zu zerstören.

Auf welche Weise sind junge LGBT-Menschen speziell von Unterdrückung betroffen, etwa in der Schule, an der Uni oder in ihrer Familie?

Abgesehen von der systematischen rechtlichen Unterdrückung erfahren Homosexuelle gesellschaftlichen Hass und Zurückweisung. Viele Familien werfen ihr Kind aus dem Haus, wenn sie von seiner Homosexualität erfahren - um Einschüchterung durch die erweiterte Großfamilie oder das soziale Umfeld zu vermeiden. Auch in Schulen werden Homosexuelle Opfer von Hass und Einschüchterung, und deshalb versuchen sie normalerweise, ihre sexuelle Identität zu verheimlichen und dem gesellschaftlichen Mainstream zu folgen, um gesellschaftlicher Ausgrenzung und staatlicher Repression zu entgehen.

Welche Gründe hat die Diskriminierung von LGBT-Personen, abgesehen von den gesetzlichen Regelungen?

Die Ausgrenzung entspringt der islamischen Doktrin und den islamischen Institutionen. Der orthodoxe Islam sieht als Strafe für Homosexualität die Todesstrafe vor. Der islamische Diskurs in Tunesien ist hasserfüllt, Homosexuelle werden als pervers oder krank betrachtet. Die islamischen Institutionen sind das größte Hindernis für Gleichberechtigung.

Staat, Religion und Gesellschaft

akzeptieren in Tunesien Homosexualität nicht, sie verbreiten Propaganda, um deren sexuelle Identität zu erniedrigen, die sie als Bedrohung für Werte und Moral der Gesellschaft betrachten. Die tunesische Gesellschaft ist für ihren Konservatismus bekannt. Sogar viele Abgeordnete betrachten Homosexualität als Sünde.

Die Tunesische Revolution hat den Klassenkampf in Tunesien stark bestimmt. Gab es seither Verbesserungen bei den Rechten von LGBT-Menschen?

Der einzige Fortschritt ist, dass das Thema nun öffentlich debattiert wird. Vor 2011 war es ein Tabu, man konnte es nicht öffentlich ansprechen. Das ist der Verdienst von LGBTQ-Vereinigungen, die das Thema in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Welche Positionen gibt es in den traditionellen Organisationen der tunesischen Linken dazu? Ist sexuelle Befreiung für sie eine Priorität?

Die traditionelle Linke ist konservativ und betrachtet LGBTQ-Rechte nicht als Priorität ihres Kampfes. Selbst wenn dieses Thema diskutiert wird, verteidigen die konservativen Linken die LGBT-Community nicht. Sie betrachten das als zweitrangig gegenüber der Verteidigung ökonomischer und sozialer Errungenschaften.

Wie organisieren sich LGBT-Menschen in Tunesien, um für ihre Rechte zu kämpfen? Was ist deiner Meinung nach notwendig,

um den Kampf voranzubringen?

Nach der Revolution 2011 haben sich viele Vereinigungen gegründet, die das Ziel haben, die LGBTQ-Community zu verteidigen

- und zwar zum ersten Mal in der Geschichte Tunesiens und der arabischen Welt

überhaupt. Es gibt mehr als 5 verschiedene Organisationen, die sich der gegenseitigen Hilfe und Verteidigung der LGBTQ-Community verschrieben haben,

etwa die Organisationen „Shams“, „Damj“ und „We exist“.

Diese Organisationen machen kontinuierlich öffentliche Kampagnen. Eine von ihnen veranstaltet seit 2015 ein jährliches Festival für Queer-Kultur. Shams hat einen eigenen Radiosender gestartet, „Shams Rad“, der die Belange der LGBTQ-Community verteidigt.

Dennoch, die Strategie bei den meisten dieser Organisationen zielt nicht darauf ab, die gesellschaftliche Wahrnehmung

gegenüber LGBTQ-Menschen zu verändern, sondern durch Lobbyarbeit auf die

liberalen Kräfte einzuwirken, um die homophobe Gesetzgebung zu beseitigen. Sie

finden es zu schwer, die gesellschaftlichen Ansichten über die homosexuelle Identität in der tunesischen Gesellschaft ändern zu wollen.

Sie versuchen durch Öffentlichkeitsarbeit, die liberalen Kräfte und die ausländischen Stiftungen in Tunesien zu sensibilisieren, um damit politische Entscheidungen zu beeinflussen. Ich denke,

die Community sollte geschlossen auftreten und Druck auf das Parlament ausüben,

die homophobe Gesetzgebung zu ändern.

Tunesien wird oft als das fortschrittlichste nordafrikanische Land beschrieben, was Frauenrechte betrifft. Trifft das zu, und widerspricht das der Situation von LGBT-Personen?

Die tunesische Gesetzgebung in Hinblick auf die Rechte von Frauen ist tatsächlich die fortschrittlichste in ganz Nordafrika und dem Nahen Osten, aber das gilt eben nicht für die LGBTQ-Gesetzgebung – die ist genauso reaktionär wie überall im arabischen Raum.

Rechtsruck: Warum sind die Rechten so reaktionär gegenüber Frauen?

Saskia Wolf, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Ob nun in den USA durch Trump, Duterte auf den Philippinen, Modi in Indien, Le Pen in Frankreich oder die AfD in Deutschland, seit mehreren Jahren erleben wir international ein Erstarken der Rechten. Dies geht einher mit Asylgesetzverschärfungen, Abschiebekampagnen, Angriffen auf Geflüchtete und Migrant_Innen. Aber nicht nur Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Auch Angriffe auf demokratische Grundrechte und fortschrittliche Gesetze für Frauen und die Frauenbewegung gehen damit einher. Wir schreiben also das Jahr

2020.

Anstatt dass wir der Befreiung aus der sexuellen Unterdrückung näherkommen,

gibt es ein Rollback für Frauen, ein Zurückwerfen auf ihre Rolle als Mutter und

Hausfrau. Aber warum haben rechte und konservative Kräfte es auf die Freiheit

der Frauen abgesehen?

Seit der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat sich die

Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalist_Innen und ihren Staaten verschärft.

Es kam zu einer massiven Konzentration von Kapital. Gerade die größeren Monopole konnten davon profitieren, während kleinere Unternehmen nicht mithalten konnten.

Kleinere UnternehmerInnen,

auch gerne als Mittelstand bezeichnet, haben Angst, ihre Stellung zu verlieren

und pleitezugehen. Getrieben von der Angst des sozialen Abstieges fangen sie

an, laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus,

Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz

gesagt: Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, um nicht ihren Reichtum

zu verlieren. Sie wollen den globalen Kapitalismus also auf reaktionäre Art bekämpfen.

Mit der Fokussierung

auf Nationalstaat und Protektionismus geht auch einher, dass das Ideal der

„bürgerlichen Familie“ gestärkt werden muss. Denn im Kapitalismus ist die

Arbeiter_Innenfamilie der Ort, wo unbezahlte Reproduktionsarbeit stattfindet.

Ob nun Kindererziehung, Altenpflege, Waschen oder Kochen – all das reproduziert

die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter_Innen und sorgt gleichzeitig dafür,

dass dem Kapital die Produktivkraft nicht ausgeht. Oftmals wird diese unbezahlte Hausarbeit von Frauen verrichtet. Diese Arbeitsteilung wird dadurch gefestigt, dass Frauen weniger Lohn als Männer bekommen und sie somit nach einer Schwangerschaft eher zu Hause bleiben. So verdienen beispielsweise Frauen im Schnitt 22 % weniger als Männer, machen 75 % der Beschäftigten in sozialen Berufen aus und arbeiten immer noch doppelt so lang im Haushalt wie Männer. Im Kontrast dazu stehen erkämpfte Rechte von Frauen und LGBTIAs. Ob nun Legalisierung von Homosexualität, die Gleichstellungsgesetze, das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper – all das lehnen die Reaktionär_Innen mit aller Macht ab. Denn diese Errungenschaften greifen das Idealbild der Familie an, auf das sie stark angewiesen, sind damit ihre protektionistische Vorstellung der Nation Wirklichkeit wird.

Warum sind sie erfolgreich?

Um erfolgreich gegen rechts zu kämpfen, müssen wir verstehen, warum diese überhaupt so stark geworden sind. Ein zentraler Grund dabei ist die Führungskrise der Arbeiter_Innenklasse. Nach der Finanzkrise stieg nicht nur die Konkurrenz unter den Kapitalist_Innen. Große Teile der Krisenkosten wurden auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt in Form von Sparmaßnahmen, Entlassungen und dem Ausbau des Niedriglohnsektors. Das sorgte dafür, dass große Teile der Klasse in Armut abrutschten. Dabei konnten weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften die Lage verbessern. Vielmehr verwalteten sie diese Politik im Interesse des Kapitals mit. Die desillusionierten Teile der Arbeiter_Innenklasse wenden sich daraufhin den Versprechungen der

Populist_Innen zu.

Was tun?

Gegen Rechtspopulist_Innen und Reaktionär_Innen bedarf es einer antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront, nicht nur gemeinsamen Kampfs mit den Bürgerlichen gegen rechtliche Einschränkungen. So nennen wir einen Zusammenschluss zwischen Organisationen der Arbeiter_Innenklasse für Klassenziele, die z. B. die liberalen Elemente nicht teilen, und mit Kampfmitteln wie Streiks, über die andere Klassen nicht verfügen. Im Zuge dessen bedarf es zentraler Aktionstage, bei denen alle Beteiligten mobilisieren. Dabei ist es wichtig, nicht nur formal zu einer Demo aufzurufen, sondern klar zu fordern, dass die Basis der Organisationen in die Mobilisierung einbezogen wird. Das bedeutet, dafür einzutreten, dass es Vollversammlungen und Aktionskomitees an Schulen, Unis und in Betrieben gibt, die sich im Rahmen der Mobilisierungen mit der aktuellen Politik auseinandersetzen und sich fragen: Wie kann hier konkret eine fortschrittliche Politik aussehen? Das sorgt dafür, dass an den Orten, an denen wir uns tagtäglich bewegen müssen, eine bewusste politische Auseinandersetzung anfängt und zeitgleich mehr Leute erreicht werden als jene, die sich eh schon für Antirassismus und Antifaschismus interessieren. Zentral ist es, Kämpfe miteinander zu verbinden und nicht nur aktuelle Angriffe abzuwehren, sondern auch für konkrete Verbesserungen, um aus der Defensive herauszukommen. Um die Situation von Geflüchteten unmittelbar zu verbessern, müssen Revolutionär_Innen für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle eintreten. Darüber hinaus müssen wir die Integration in die Gewerkschaften verlangen, um

gemeinsam

der Spaltung entgegenzutreten, besser gemeinsame Kämpfe führen zu können wie

beispielsweise für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn, aber auch das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.

Wenn wir erfolgreich dem Rechtsruck entgegentreten wollen, müssen wir aktiv gegen rassistische, sexistische Spaltung und für Verbesserungen der Klasse kämpfen. Nur so können wir die Reaktionär_Innen aufhalten!

Islamische Bekleidung: Sexismus und Islamfeindlichkeit in den imperialistischen Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen, deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und

umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt waren, radikalisiert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten Opfer, wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

Verbot der islamischen Kleidung

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu

verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen. Umfragen ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten, was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs. Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt,

so

dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

Die „feministische“ Verteidigung

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen Leben abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar... Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollscheiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische

Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen, diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu entwickeln und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer Familien und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole

für ein

„Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassistischer oder

religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben

Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen

und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos

sind und nach Arbeit suchen.

Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht

Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen.

Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.

Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie

sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege

im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung

imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden, die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft „entfremden“.

Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille

die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu

verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der

Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung

zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet,

und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand

gegen imperialistische

Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

Politisch streiken - aber wie?

Michael Märzen, Arbeiter*innenstandpunkt Österreich, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten zwei Jahren haben millionenstarke

Frauenstreiks ein großes Potential für den Kampf um Frauenbefreiung aufgezeigt.

Die Arbeitsniederlegungen im produktiven und reproduktiven Bereich richten den

politischen Fokus auf die Ungleichheit der geschlechtlichen Arbeitsteilung, welche die materiellen Grundlage für sexistische Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellt. Gleichzeitig kann der ökonomische Stillstand, der bei

einem Streik angerichtet wird, den nötigen Druck erzeugen, damit die frauenpolitischen Forderungen auch ernst genommen und letztlich durchgesetzt

werden. Doch die internationale Frauenbewegung hat diese proletarische Strategie noch nicht bewusst angenommen und verallgemeinert. Dazu braucht es

nicht nur positive Bezugspunkte wie die Mobilisierungen in Spanien oder der Schweiz, sondern Organisation, Know-how und einen Kampf gegen andere, falsche

Strategien.

Bündnispolitik

Ein Streik ist im Normalfall kein spontanes Ereignis. Obwohl der Unmut über Missstände schon hoch sein mag, braucht es Strukturen, die ihn organisieren. Jene Kräfte, die bereit sind, einen Frauenstreik zu organisieren, müssen gesammelt werden. In der Regel sind das schon bestehende Organisationen der radikalen Linken oder der Frauenbewegung, aber auch eine Hand voll Einzelpersonen kann ein Komitee für die Organisation des Streiks gründen und den Stein ins Rollen bringen. Kanäle wie soziale Medien müssen genutzt werden, um die Organisation auf eine kräftigere Grundlage zu stellen. Für die Mobilisierung braucht es klare und radikale Forderungen wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung, die demokratisch bestimmt werden sollten und für die die beteiligten Kräfte frei nach innen und außen werben können. Dabei muss auch sehr gut abgewogen werden, welche in den Vordergrund gestellt und wie sie formuliert werden können, damit sie die bestmögliche Wirkung auf das politische Bewusstsein der Zielgruppen haben werden.

Basisorganisation

Zentral ist es lohnabhängige, aber auch erwerbslose Frauen und Männer für den Streik zu gewinnen. Dazu eignet sich der Aufbau von Aktionskomitees auf regionaler sowie betrieblicher Ebene bzw. in der Ausbildungsstätte. In diesen Komitees organisieren sich Aktivist*innen, um gemeinsame Aktivitäten für die Mobilisierung zu planen. Darüber hinaus sollten eigene Forderungen diskutiert und in die Bewegung getragen werden. Sie müssen als politische im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse formuliert

werden,
die also nicht auf einzelne Branchen beschränkt bleiben. Als Ausgangspunkt
zum
politischen Ziel der Aufhebung der geschlechtlichen gesellschaftlichen
Arbeitsteilung,
der Sozialisierung der Haus- und Sorgearbeit kann z. B. die nach einer
gesetzlichen
Mindeststellenbesetzung in der Pflege dienen, wie in Deutschland aufgestellt.
Die
überregionale Vernetzung mittels wähl- und abwählbarer Delegierter
ermöglicht
den Aufbau von demokratischer Kontrolle über die Bewegung selbst und in
weiterer Folge von Gegenmacht gegenüber den bürokratischen staatlichen
Institutionen, über welche die herrschende Klasse ihre Interessen sichert.
Das
ist auch kein Widerspruch zu einer Bündnispolitik von politischen
Organisationen. Aktionskomitees können solche Bündnisse ergänzen oder im
besten
Fall der Ausdruck einer demokratisch organisierten Bewegung sein.

Rolle der Gewerkschaften

Ein wesentlicher Erfolg von bisherigen Frauenstreiks war die
Unterstützung durch Gewerkschaften in der Schweiz und in Spanien. Wenn
diese
Organisationen, die oft einen großen Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung
organisieren, für kämpferische Massenaktionen gewonnen werden können
und die
Mobilisierungen dafür ernst nehmen, dann hat das eine sehr große Wirkung.
Viele
Gewerkschaften haben auch frauenpolitische Abteilungen, die natürlich eine
Anlaufstelle für die Mobilisierung sein können und wo sich womöglich auch
schneller Unterstützer*innen finden lassen. Das Problem ist aber, dass die
großen, reformistischen Gewerkschaften von einer konservativen Bürokratie
geführt werden, die radikale Aktionen und die Einbeziehung der Massen

mehr

fürchten als fördern. Dies gilt für alle Gewerkschaften, die nicht von einer revolutionären Arbeiter*innenpartei geführt werden. Die reformistischen Parteien, die oft über großen Einfluss in den Gewerkschaften verfügen, haben

längst ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht und verteidigen es

letzten Endes gegen einen Ansturm durch die Lohnabhängigen. Dies gilt auch für

reine Gewerkschaftspolitik, die sich nicht den Sturz des Kapitalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Wir können uns also weder auf sie verlassen noch auf

den Erfolg vehementer Aufforderungen hoffen, sondern müssen mit Basisorganisationen ein Gegengewicht zur abgehobenen Stellvertretungspolitik

schaffen. Diesen Zweck können die schon angesprochenen Aktionskomitees zum Teil

erfüllen, sie müssen sich dafür aber bewusst auch auf die Gewerkschaften ausrichten. Letztlich muss eine antibürokratische Gewerkschaftsopposition aber

eigenständige Strukturen aufbauen, denn der Kampf gegen die reformistische

Bürokratie ist allgemeiner als der für eine bestimmte politische Mobilisierung.

Proletarische Strategie

Wenn alle für einen starken Frauenstreik eintreten und eine proletarische Frauenbewegung aufbauen wollen würden, dann müssten wir die Frage

nach der Umsetzung eines Streiks gar nicht so genau diskutieren. Aber so ist es

leider nicht. Gerade auch im Feminismus gibt es bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die ganz andere Strategien als Sozialist*innen verfolgen und die die Organisation und Mobilisierung der

Arbeiter*innenklasse

für die politischen Anliegen der Frauen sogar ablehnen. Oft beschränken sich diese Kräfte auf Forderungen wie Quoten in politischen Ämtern oder in Unternehmen, den ideologischen Kampf gegen Alltagssexismus oder eine gendergerechte Sprache, die dann von sozialliberalen Parteien umgesetzt werden

sollen. Eine solche Politik hemmt natürlich die eigenständige Aktion der Ausgebeuteten und Unterdrückten und muss daher natürlich auch bekämpft werden. So

wurde z. B. in den verschiedenen feministischen Bündnissen für den letztjährigen Frauenstreik in Deutschland zwar eine Liste unterstützenswerter

Forderungen aufgestellt, aber über die Frage, wie ein Streik der gesamten Klasse gegen die Paragraphen zustande kommen kann, der auch den Namen verdient,

kaum diskutiert. Debatten um Einbezug der Gewerkschaften und der Männer waren also

von untergeordneter Bedeutung.

Es geht also nicht nur um einzelne Forderungen, sondern um eine zusammenhängende proletarische Strategie, die ihren klarsten Ausdruck in

einem kommunistischen Übergangsprogramm findet. Darin stellt sich der Kampf für

Frauenbefreiung und gegen Sexismus als integraler Teil des allgemeinen Klassenkampfes der gesamten Arbeiter*innenklasse dar, unabhängig von Geschlecht,

Identität oder Herkunft. Deswegen halten wir es zum Beispiel auch für einen Fehler, wenn von feministischen Organisationen bei frauenpolitischen Aktionen

der Ausschluss von Männern gefordert wird. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung

und die ganze sexistische Ideologie geht unsere männlichen Genossen genau so

etwas an. Aber unsere Genossinnen sollten ganz klar im Vordergrund eines

Frauenstreiks stehen.

Feminismus in Pakistan

Minerwa Tahir, Women's Democratic Front Lahore, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten Jahren ist der Aurat-Marsch zu einem der sichtbarsten Ausdrücke der Frauenbewegung in Pakistan geworden. „Aurat“ bedeutet Frau in der Urdu Sprache. Seit 2018 ist in den großen Städten Pakistans das Phänomen des Aurat-Marsches zu beobachten – Frauen, geschlechtsspezifische Minderheiten, Männer und Kinder gehen auf die Straße und marschieren am Internationalen Tag der arbeitenden Frauen am 8. März.

Wer beteiligt sich?

In zwei großen städtischen Zentren – Karatschi und Lahore – wurde der Aurat-Marsch von einem Bündnis hauptsächlich radikal-feministischer und liberal-feministischer Kräfte organisiert, darunter führende Persönlichkeiten von NGOs, die sich bereit erklärten, die Fahnen ihrer NGOs hinter sich zu lassen und sich unter dem einen Banner des Aurat-Marsches zu vereinen. Eine Organisatorin aus Karatschi sagte: *„Bei den Themen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind, geht es um Gleichberechtigung im öffentlichen Raum, das Recht auf Arbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz und vor allem um die Unterstützung durch eine Infrastruktur, während die vorherige Generation für politische Rechte kämpfte“* (Chughtai, 2019). In anderen Teilen wie Hyderabad und Islamabad organisierte die Demokratische Frauenfront (1), eine sozialistisch-feministische Organisation, die arbeitende Frauen aus städtischen und ländlichen Gebieten organisiert, den Aurat-Azadi-Marsch (2).

Einige der Forderungen dieses Marsches waren ein Ende der Gewalt gegen

Frauen; eine Gesetzgebung, die die Rechte von Frauen und Transgender-Personen schützt; ein Mindestlohn und andere rechtliche Schutzmaßnahmen für den informellen Sektor; ein Ende der Privatisierung von und größere Investitionen in Gesundheit und Bildung, insbesondere für Frauen; Frauenwohnheime und Kindertagesstätten für die Kinder von arbeitenden Frauen; der Bau von Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen und ein Ende der Kampagne gegen informelle Siedlungen; ein Ende der militärischen Operationen; die Rückkehr der vermissten Personen und eine politische Lösung des Belutschistan-Problems (Today, 2019). Auch ArbeiterInnenorganisationen und -verbände wie die Vereinigung weiblicher Arbeitskräfte im Gesundheitswesen (Chughtai, 2019) und die pakistanische Gewerkschaftsschutzkampagne (Today, 2019) unterstützten den Marsch und nahmen daran teil. Mit Ausnahme von Hyderabad war der Klassencharakter der Frauenmärsche in den großen städtischen Zentren Pakistans weitgehend mittelständisch. Während ein Teil der Gründe für das Fehlen von Führung der ArbeiterInnenklasse in der Frauenbewegung mit dem Versagen der Linken und dem Aufstieg der Rechten sowie alternativen antimarxistischen Diskursen zu tun hat, liegt ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass so viele Frauen aus der Mittelschicht sich für die Teilnahme an diesen Märschen entschieden haben, darin, dass der Status der Frauenrechte in Pakistan selbst für Frauen aus Nicht-ArbeiterInnenklassen-Hintergrund erbärmlich ist.

Lage der Frauen

Vergewaltigung, Ehrenmorde, Säureangriffe, Zwangsheiraten, erzwungene Bekehrungen nicht-muslimischer Mädchen zum Islam, Kinderehen, sexueller Missbrauch und Belästigung sowie allgemeine geschlechtsspezifische Diskriminierung sind in der Gesellschaft weit verbreitet (HRW, 2019). Inzwischen gibt es weder nationale Gesetze, die geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Einstellung noch die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verbieten (Kirton-Darling, 2018). In ähnlicher Weise sind auch die Arbeitsgesetze in Pakistan diskriminierend gegenüber Frauen (Tribune, 2014). Im Allgemeinen hegt die Gesellschaft eine diskriminierende Einstellung gegenüber Frauen. Der jüngste Fall, in dem die nationale Universität für Wissenschaft und Technologie die Vergewaltigung einer

Studentin leugnete, ist ein Zeugnis für diese Haltung (Dawn.com, 2019).

Sexualität

Ein wichtiges Thema, um das sich der Aurat-Marsch dreht, sind Fragen der Sexualität. *„Mein Körper, meine Wahl“* war ein beliebter Slogan. Während man davon ausgehen kann, dass diese Frage in einigen demokratischen Ländern schon lange Teil des öffentlichen Diskurses ist, war und ist sie in Pakistan ein Tabuthema. Wie die gesellschaftliche Haltung sie geprägt hat, bleibt Sexualität eine Angelegenheit, die sich auf die privaten Grenzen des Schlafzimmers beschränkt und über die man, vor allem eine Frau, nicht spricht. Qandeel Baloch (Geburtsname: Fouzia Azeem), ein Star in den Sozialen Medien, die sexy Videos von sich selbst für den öffentlichen Konsum veröffentlichte, wurde schließlich von ihrem Bruder im Namen der „Ehre“ getötet. Wie Zoya Rehman schreibt, *„markiert der Aurat-Marsch einen wichtigen Moment in der Entwicklung des feministischen Widerstands im Land, in dem jetzt für eine neue Art von feministischer Praxis gekämpft wird, die in Fragen der sexuellen Autonomie und Handlungsfähigkeit ‚das Schweigen bricht‘ (John und Nair, 1998)“* (Rehman, 2019). Sexualität, ein Thema, über das aufgrund seines „privaten“ Charakters nie in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, wurde durch den Marsch – vor allem im Jahr 2019 – aus der Enge des häuslichen und privaten Lebens herausgebracht und für die Öffentlichkeit offengelegt. Folglich startete der rechte Flügel Angriffe gegen die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen in den Massen- und sozialen Medien. Es wurden Todes- und Vergewaltigungsdrohungen ausgesprochen (Reuters, 2019). Unterdessen griffen reaktionäre Schichten innerhalb der pakistanischen Linken zu einem ähnlichen Ansatz, wobei die Belutschistan-Sektion der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) den Aurat-Marsch ablehnte (Jafri, 2019). In ähnlicher Weise tauchte die Politik der Reaktion innerhalb der feministischen Bewegung in Form der bekannten feministischen Dichterin Kishwar Naheed auf, die die radikalen Botschaften bezüglich der Sexualität kritisierte, die auf den Plakaten des Aurat-Marsches standen. Sie sagte, dass *„Feministinnen ihre Kultur und Traditionen im Auge behalten sollten, um nicht wie ‚Dschihadis‘ auf Abwege zu geraten“* (Images, 2019).

Sadia Khatri kritisierte Frauen, die sich gegen die radikalen Plakate aussprachen, und schrieb, dass diese Art von Vorwürfen *„verwirrender, ja sogar verletzend ist, wenn sie von anderen Frauen kommt“* (Khatri, 2019). Ich kann das Gefühl zwar nachempfinden, aber der Vorwurf überrascht mich wirklich nicht. Es ist schließlich die Politik der Menschen, nicht ihr Geschlecht oder andere Identitäten, die ihre Einstellung zu einem gesellschaftlichen Phänomen bestimmt. Auch der Gegenmarsch zum Aurat-Marsch wurde von rechten Frauen angeführt, nicht von Männern.

Die Sexualität während des Frauenmarsches aus der privatisierten Sphäre des Hauses herauszuholen, stellte eine radikale Errungenschaft der Frauenbewegung in Pakistan dar. Die Belutschistan-Sektion der Awami Workers Party lehnte den Aurat-Marsch mit der Begründung ab, dass die auf dem Marsch erhobenen Parolen nichts mit den Frauen der ArbeiterInnenklasse oder ihrem Kampf zu tun hätten. Diese Aussage spiegelt nicht nur eine Abtrennung von der Frauenbewegung wider, sondern zeigt auch, wie isoliert die Sektion der AWP in Belutschistan von den Kämpfen der Arbeiterfrauen in Pakistan ist. Wenn man mit berufstätigen Frauen in der Realität interagiert, erzählen sie uns davon, dass *„nicht jede aus Freude und Entscheidung die vollverschleiende Burka trägt“*.

Natürlich kann es vorkommen, dass Schichten der Klasse, die aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die reproduktive Arbeit atomisiert bleiben, der Interaktion und Organisation mit ihrer Klasse beraubt werden und somit den Vorstellungen der Reaktion zum Opfer fallen. Aber mit der sich zunehmend vertiefenden Wirtschaftskrise in Pakistan, insbesondere nach dem IWF-Deal, können es sich Frauen, die mit Männern aus der Arbeiterklasse verheiratet sind, nicht mehr leisten, nur reproduktive Arbeit zu leisten. Sie werden aus dem Haus gedrängt, um Arbeit zu finden, um die ArbeiterInnenfamilie zu ernähren. Während dies schon seit langem der Fall ist, da die Wirtschaft des halbkolonialen Landes weitgehend instabil geblieben ist, haben die Klauseln des IWF zu schlechteren Bedingungen für die arbeitenden Armen geführt (Arshad, 2019). Selbst wenn es sich bei diesen Jobs um niedere Tätigkeiten handelt, wie z. B. die Arbeit als Haushaltshilfe in Haushalten der Mittelschicht, bieten sie diesen Frauen eine gewisse Möglichkeit, sowohl mit

ihrer eigenen Klasse als auch mit dem/r KlassenfeindIn zu interagieren. Es überrascht daher nicht, dass eine Hausangestellte, die eine halbverschleierte Niqab trägt, bei einem Treffen mit anderen berufstätigen Frauen sagte, dass *„nicht jede die Burka aus Freude und Entscheidung trägt“*.

Diejenigen pakistanischen Linken, die Sexualität und andere Aurat-Marsch-Themen immer noch nicht als wichtige Themen für das Leben arbeitender Frauen sehen, sollten sich einige grundlegende Fragen stellen. Wenn die arbeitende Frau die Freiheit, Zeit und Geld hätte, sich wie Frauen der Mittelschicht zu kleiden, würde sie das nicht tun? Wenn sie die Freiheit, die Zeit und das Geld hätte, würde sie sich nicht romantischen/sexuellen Affären hingeben wollen, wie es Frauen aus privilegierten Schichten in diesem Land tun? Wenn es für sie keine Frage mehr wäre, jeden Tag etwas „Khana“ [Essen] für ihre Familie zu bekommen, wie es für Frauen aus der Mittelschicht der Fall ist, würde sie sich dann nicht auch wünschen, dass ihr männlicher Partner gleichberechtigt an der Zubereitung dieser Mahlzeiten teilnimmt? Diese Fragen machen deutlich, wie arbeitende Frauen durch die wirtschaftlichen Bedingungen gezwungen sind, bestimmte Themen als Hauptanliegen zu behandeln. Dies spiegelt jedoch keineswegs wider, dass arbeitende Frauen nicht an Fragen der sexuellen Befreiung interessiert sind.

Was für eine Bewegung brauchen wir?

Unterdessen ist eine andere Idee, die in bestimmten radikalen Schichten der Frauenbewegung in Pakistan vorherrscht, dass wir eine klassenübergreifende feministische Bewegung brauchen. Die Befürworterinnen dieser Ansicht argumentieren, dass dies ein „inklusive“ Ansatz sei, da er es Frauen aus allen Klassen ermöglicht, sich zusammenzufinden, um gegen einen gemeinsamen Feind, nämlich das Patriarchat, zu kämpfen und die Gleichberechtigung zu erlangen. Nehmen wir eine der Forderungen, die von radikalen Feministinnen erhoben wurden. *„Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen“*.

Nehmen wir an, dass diese Forderung nun gewonnen ist. Die Frau aus der ArbeiterInnenklasse wird die formale Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen

Räumen haben, aber genau wie ihr männlicher Kollege aus der ArbeiterInnenklasse hat sie diese Freiheit als jemand, der immer noch 12 Stunden am Tag arbeitet, dessen Kinder unterernährt sind und denen es an guter Bildung mangelt, der der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt wird und deren Familie an neun von zehn Tagen immer noch hungrig schläft. In der Praxis bedeutet dies eine Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse und der Organisation der unabhängigen Klassenpolitik, die eine wesentliche Schwäche der feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen in der ganzen Welt darstellt.

Außerdem, was bedeutet eine „klassenübergreifende Bewegung“ überhaupt? Dass sie die Interessen aller Klassen vertritt? Würde sie dann auch ein „klassenübergreifendes Programm“ haben? Ob so etwas jemals praktisch durchführbar ist oder nicht, sicher ist, dass eine klassenübergreifende Bewegung kein Programm für die ArbeiterInnenklasse haben wird. Und das liegt daran, dass die Interessen der ArbeiterInnenklasse mit denen anderer Klassen unvereinbar sind. Die ArbeiterInnenklasse verfügt über kein Privateigentum an den Produktionsmitteln. Unabhängig davon, ob diese Klasse sich dessen schon subjektiv bewusst ist oder nicht, liegt ihr objektives Interesse in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seiner Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum. Dieses Interesse steht offensichtlich im Widerspruch zu dem der Klassen, deren Quelle von Reichtum und sozialem Status das Privateigentum bildet. Wie Clara Zetkin prägnant zusammenfasst:

„Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, der Bourgeoisie, der Intelligenz und der oberen Zehntausend. Sie nimmt je nach der Klassensituation jeder dieser Schichten eine andere Form an“

(Zetkin, 1896)

Wie beeinflusst dies die Bewegung?

Wie beeinflusst dies die Bewegungen dann? In der bürgerlichen Gesellschaft

ist jede klassenübergreifende Bewegung verpflichtet, die Interessen der ArbeiterInnenklasse (die mit der strategischen Aufhebung der unterdrückenden Arbeitsteilung im Hinblick auf die produktive und reproduktive Arbeit verbunden ist) den begrenzten Zielen der bürgerlichen Feministinnen unterzuordnen. Das bestmögliche Ergebnis einer klassenübergreifenden Bewegung ist, dass die begrenzten Forderungen nach formaler Gleichheit zwischen Männern und Frauen erfüllt werden. Berufstätige Frauen werden formell gleichberechtigt sein wie ihre bürgerlich-feministischen Kolleginnen, aber sie werden es als Frauen sein, die immer noch 12 Stunden am Tag arbeiten und keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen haben. Sie werden formellen Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben ebenso wie ihre männlichen Partner aus der ArbeiterInnenklasse, die ebenfalls kein Geld oder keine Zeit haben, um diese Bereiche faktisch zu betreten. Diese arbeitenden Frauen werden im Namen einer klassenübergreifenden Bewegung für die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Feministinnen kämpfen. Um noch einmal Zetkin zu zitieren: *„Wir dürfen uns nicht von sozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Frauenbewegung täuschen lassen, die nur so lange anhalten, wie sich die bürgerlichen Frauen unterdrückt fühlen“* (Zetkin, 1896).

Was braucht es?

Dieser Ansatz „klassenübergreifender“ Bewegungen versäumt es, die Wurzel der geschlechtsspezifischen Unterdrückung zu untersuchen. In der heutigen Klassengesellschaft verortet der revolutionäre Marxismus die Ursprünge der geschlechtsspezifischen Unterdrückung in der öffentlich-privaten Kluft, in der der Mann in der öffentlichen „produktiven“ Sphäre arbeitet, während die Frau für die „reproduktive“ Arbeit verantwortlich ist. Diese Kluft ist notwendig, damit der Kapitalismus sich selbst erhalten kann, weshalb unsere Bewegungen antikapitalistischer Natur sein müssen. Um effektiv zu sein, müssen sie auch die Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse überwinden. Und diese Krise kann solange nicht überwunden werden, bis und wenn die ArbeiterInnenklasse der radikalen Kleinbourgeoisie die Throne streitig macht, an denen sie seit Ewigkeiten festhält.

In einer Zeit, in der Identitätspolitik, Postmoderne und alle Arten von Ideologien, die nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führen, auf der ganzen Welt vorherrschen, gibt es einen Hoffnungsschimmer in bestimmten Schichten der pakistanischen Frauenbewegung. Die Demokratische Frauenfront (DFF), eine unabhängige Organisation, die arbeitende Frauen in städtischen und ländlichen Gebieten Pakistans organisiert, hat einige revolutionäre Forderungen, deren wichtigste die Forderung nach einer Vergesellschaftung der reproduktiven Arbeit ist. Während die derzeitige Führung in den meisten Sektionen aus der mittleren/unteren Mittelschicht stammt, bemüht sich die Organisation darum, arbeitende Frauen in die Führung zu bringen. In Lahore, wo ich die Vorsitzende bin, wurde vor kurzem eine Sektion der DFF gegründet, die hart daran arbeitet, ihre Wurzeln in den ArbeiterInnenvierteln zu stärken, um die Entstehung eines weiblichen Kaders aus diesen Gebieten vorzubereiten.

Wir arbeiten in den Vierteln der Hausangestellten und HeimarbeiterInnen und versuchen, sie zu organisieren. Diese Frauen erzählten uns, wie sich die steigende Inflation auf ihr Leben auswirkt und sie darum kämpfen, ihre Familien zu ernähren. Eine wichtige revolutionäre Forderung in diesem Szenario könnte die Einrichtung von Preiskomitees unter der Leitung von Frauen sein. Es besteht Hoffnung und Potenzial für die Entstehung einer weiblichen Führung der ArbeiterInnenklasse, wenn sich die DFF konsequent einer solchen Aufgabe widmet. Sie ist besonders entscheidend in einer Zeit, in der Kämpfe in verschiedenen frauenzentrierten Sektoren wie dem Gesundheits- und Bildungswesen auftauchen. Lahore, eines der städtischen Zentren Pakistans, birgt das Potenzial der Entstehung einer ArbeiterInnenbewegung. Ebenso birgt es das Potenzial für kleinbürgerlichen Radikalismus, gewerkschaftlichen Opportunismus und Reformismus sowie Zentrismus. Wenn es der DFF ernst damit ist, eine Führung der arbeitenden Frauen in der größeren ArbeiterInnenbewegung zu installieren, wird sie sich darauf vorbereiten müssen, solche Übel zusammen mit dem Kampf gegen den/die KlassenfeindIn und das Patriarchat zu bekämpfen.

Endnoten:

¹ Die Demokratische Frauenfront (DFF) wurde ursprünglich von der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) als ihre „Frauenfront“ gegründet. Die AWP ist bei Weitem die mitgliederstärkste linke Partei in Pakistan. Die DFF ist jetzt eine unabhängige Organisation. Die AWP spielt weder eine Rolle noch übt sie Einfluss auf Entscheidungen oder Strukturen der DFF aus. Natürlich sind Doppelmitglieder vertreten, die sowohl in DFF wie AWP organisiert sind. Die Autorin ist ein solches.

² Azadi heißt auf Urdu Freiheit.

Evangelikales Christentum - Die Stoßtruppen der Rechten

Kayla Molodoy , Workers Power USA , *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung*
Nr. 8, März 2020

Jahrzehntelang hat die christliche Rechte in den USA den Widerstand gegen die Abtreibung in den Mittelpunkt ihrer politischen Mission gestellt, indem sie sexuelle und reproduktive Fragen zur Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft zur Waffe gemacht hat. Seit ihrer kollektiven Hinwendung zu politischem Aktivismus während Reagans triumphalem Präsidentschaftswahlkampf 1980 ist der Evangelikalismus das Rückgrat der Republikanischen Partei in den USA und wird in Lateinamerika, insbesondere im Brasilien von Bolsonaro, zunehmend politisiert.

Während die unheilige Allianz zwischen religiösen

ExtremistInnen und imperialistischen ProfitmacherInnen ihre Kontrolle über den Staat festigt, laufen die Frauenrechte Gefahr, zum Opferlamm auf dem Altar des anhaltenden Wahlerfolgs der Rechten zu werden.

Das Wachstum des politischen Evangelikalismus in den USA

Der Evangelikalismus nahm in Amerika erstmals im 18. Jahrhundert erkennbare Gestalt an und entwickelte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts zum „Evangelikalen Reich“, einer einflussreichen Bewegung, die sich zunächst mit liberalen Themen wie der Abschaffung der Sklaverei und der Strafrechtsreform beschäftigte, bevor sie sich über Darwins Evolutionstheorie und eine fundamentalistische Bibelauslegung zersplitterte.

Der moderne Evangelikalismus geht auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurück, als die aufeinander folgenden amerikanischen Regierungen daran arbeiteten, das Christentum mit „amerikanischen Werten“ gleichzusetzen und die christliche Gemeinschaft als Verteidigungslinie im Kalten Krieg zu mobilisieren. Der Widerstand gegen die Aufhebung der Rassentrennung, die Gegenkulturbewegungen der späten 1960er Jahre und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Abtreibung zu einem verfassungsmäßig geschützten Recht zu machen, im Urteil Roe gegen Wade von 1973, waren Katalysatoren für den Aufstieg der Christlichen Rechten, der in den späten 1960er Jahren begann und bis heute anhält.

Die republikanische Kandidatur Ronald Reagans im Jahr 1980 markierte einen Wendepunkt in der Politisierung der evangelikalen Gemeinschaft.

Im Vorfeld der Wahl begann die zuvor tolerantere und überparteiliche Haltung

der amerikanischen evangelikalen ChristInnen ihren Wandel hin zu starrer Intoleranz, die stark durch das allgegenwärtige christliche Medienimperium beeinflusst wurde, das vor allem von Jerry Falwell Sr. geschaffen wurde.

Falwell stand an der Spitze der christlich rechten politischen Organisation, der Moralischen Mehrheit, und spielte eine wichtige

Rolle bei der gegenseitigen Umwerbung zwischen der Republikanischen Partei und

den Evangelikalen. Unter diesem Einfluss billigte der Republikanische Nationalkonvent die sozial konservativste Plattform der RepublikanerInnen, (GOP, Grand Old Party; Große Alte Partei) die es je gab, und kehrte damit seine

historische Unterstützung für die Gleichberechtigungsänderung um, wobei er als

Antwort auf den Fall Roe gegen Wade den Schutz der Rechte der Zygoten, d. h.

der befruchteten Eier, über die Rechte der Frauen stellte:

„Wir bekräftigen unsere Unterstützung für eine Verfassungsänderung zur Wiederherstellung des Schutzes des Rechts auf Leben für

ungeborene Kinder. Wir unterstützen auch die Bemühungen des Kongresses, die

Verwendung von Steuergeldern für die Abtreibung einzuschränken.“

Erfolgreicher Aktivismus an der Basis und ein außergewöhnliches Maß an Einsatz zur Förderung bevorzugter Themen führten zu

einer hohen Wahlbeteiligung, die Reagan mit zwei Dritteln der evangelikalen Stimmen belohnte und bei seiner Wiederwahl auf 78 % stieg. Dieser Pakt

schuf eine für beide Seiten vorteilhafte Symbiose zwischen der politischen Rechten und den Evangelikalen und hing fast ausschließlich von der Zustimmung der Partei zur Übernahme der evangelikalen Linie in sozialen Fragen, einschließlich der Abtreibung, ab.

Das Bündnis zwischen den Evangelikalen und der Republikanischen Partei besteht bis heute, wobei es für die KandidatInnen erforderlich ist, mit der christlichen Rechten in ihrem Sozialprogramm übereinzustimmen, um ihre Stimmen zu ernten und eine glühende Bekehrung zur Unterstützung des amerikanischen Imperialismus zu garantieren.

Lateinamerika

Für Evangelikale in den USA wird nun erwartet, sich hinter PolitikerInnen wie Trump zu versammeln – dessen persönliche Eigenschaften ihn zu einem völlig unglaublichen Vehikel für evangelikale Bestrebungen machen –, und dies ist fast eine Selbstverständlichkeit. Aber das Wachstum der evangelikalen Bewegung in Lateinamerika und die Verbindungen zwischen dem brasilianischen und amerikanischen Evangelikalismus verleihen der Christlichen Rechten eine neue internationale Dynamik.

Die ersten protestantischen Evangelikalen landeten im 19. Jahrhundert in Brasilien, eine zweite Welle kam in den 1940er Jahren mit dem Aufkommen der Foursquare Church (International Church of the Foursquare Gospel) aus Kalifornien, komplett mit zirkusähnlichen Zelt„erweckungen“ à la Billy Graham, die eine große Anziehungskraft hatten. Eine dritte Welle in den 1970er

Jahren brachte eine „neupfingstliche“ Bewegung, die von der brasilianischen Universalkirche des Königreichs Gottes (UCKG) angeführt wurde. Gegründet von

Edir Macedo, einem gegen Schwarze heftig hetzenden und möglicherweise reichsten religiösen Führer

der Welt, ist ihr Einfluss auf die brasilianische Politik extrem geworden, wobei er über eine enorme institutionelle Vertretung verfügt.

Die Wahl von Jair Bolsonaro wurde mit Hilfe des evangelikalen Establishments Brasiliens, dominiert von der UCKG, erreicht. Bolsonaro ist, wie Trump, ein frauenfeindlicher, rassistischer homophober Politiker, der eine aktive rechtsextreme Unterstützungsbasis antreibt. Er sympathisiert auch mit der Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 in Brasilien an der Macht war, wobei seine einzige Kritik darin besteht, dass „die Situation

des Landes heute besser wäre, wenn die Diktatur mehr Menschen getötet hätte“.

Das wichtigste politische Handicap, mit dem sich die rechten Parteien in Lateinamerika konfrontiert sehen, ist die anhaltende Wahlschwäche

aufgrund ihrer fehlenden Verbindungen zu Nicht-Eliten. Bolsonaro und seinesgleichen bieten bereitwillig Verbindungen zur obersten Spitze an und bringen eine Vielzahl evangelikaler WählerInnen ein, vor allem aber die untere

Mittelschicht.

Dies ist wichtig, weil sich der Anteil der evangelikalen ChristInnen in Brasilien von 9 Prozent im Jahr 1990 auf 22 Prozent mehr als verdoppelt hat und derzeit auf 31 Prozent geschätzt wird. Es wird erwartet, dass sie bis 2032 die Zahl der KatholikInnen übertreffen werden – und die Rechte will ihr Wahlbündnis mit ihnen festigen.

Wir sehen eine ähnliche Dynamik bei den jüngsten Ereignissen in Bolivien mit der Amtsenthebung von Evo Morales durch Luis Fernando Camacho,

einen fundamentalistischen und evangelikalen christlichen Multimillionär, der geschworen hat, den linkspopulistischen Einfluss der von Morales vertretenen und beschützten indigenen Mehrheitsbevölkerung zu beseitigen.

Die bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Áñez erklärte am Tag des Staatsstreichs: „Die Bibel ist in den Palast zurückgekehrt“. Obwohl die bolivianischen Evangelikalen einen weitaus geringeren Anteil der Bevölkerung als in Brasilien ausmachen, ist ihre Basis in der weißen Führungs- und Mittelschicht wegen deren angeblichen Heidentums, das durch die Anerkennung der Erdgottheit Pachamama symbolisiert wird, in einen Rausch gegen die indigene Mehrheit geraten.

Ein Demonstrant gegen den Putsch hat diese „Befreiung“ ironisch bedauerlich auf den Punkt gebracht : „Es ist dasselbe wie vor 500 Jahren, als die Spanier kamen und das erste, was sie den Einheimischen zeigten, die Bibel war.“

Der wirtschaftliche Druck auf das KleinbürgerInnen-tum der USA und Brasiliens und erst gar ihre Deklassierung hat sie empfänglicher für die reaktionären Ideologien und die populistische Rhetorik von Politikern wie Trump und Bolsonaro gemacht.

In Bolivien und Brasilien ist es ihnen gelungen, die Unterstützung wichtiger Teile der herrschenden Klasse zu gewinnen. Diese fürchten sich vor den milden Reformen sozialdemokratischer oder linkspopulistischer Regierungen und ihren Versuchen, Lateinamerika aus der Abhängigkeit vom US-Imperialismus (durch die es sich, historisch gesehen, sehr gut geschlagen hat) herauszuholen. Der Evangelikalismus ist aufgrund seiner

historischen Wurzeln in den US-Kirchen und ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts in der Bewegung ideal für diesen Zweck. Kurz gesagt, er ist ein Werkzeug des US-Imperialismus.

Die Kulturkriege

Die evangelikale Bewegung manipuliert gekonnt angebliche Bedrohungen der Religion, um angesichts dessen, was sie als das Schwinden des Rangs Amerikas als „christliche Nation“ wahrnimmt, Einheit und Enthusiasmus anzuregen.

In den USA behaupten große Nachrichtenorganisationen wie Fox News und christliche Radio- und Fernsehstationen mit Massenpublikum regelmäßig, dass die Fähigkeit der ChristInnen, ihre Religion auszuüben, bedroht ist. Die Verwendung schlagwortartiger Propaganda-Phrasen wie „Krieg gegen Weihnachten“ und „Angriff auf die Werte der Familie“ verstärkt diesen Verfolgungskomplex unter den hingebungsvollen AnhängerInnen des fundamentalen Christentums.

Doch während sie den bevorstehenden Untergang des Christentums und die Unterdrückung der wahren Gläubigen beklagen, behalten die Evangelikalen in Wirklichkeit einen übergroßen Einfluss auf Politik und Regieren. Dieser „Verfolgungskomplex“ als Reaktion, der das Ende des christlichen Glaubens und einer „gottlosen Gesellschaft“ katastrophenartig vorhersagt, ist das Kraftwerk für die Verbreitung des Evangelikalismus und das seit Jahrzehnten.

In dieser Hinsicht ist der Aufstieg des christlichen Zionismus innerhalb der evangelikalen Bewegung interessant. Er verbindet

unmittelbar die „Opferrolle“ des protestantischen Christentums mit dem realen

Holocaust des jüdischen Volkes und verleiht der Unterstützung Amerikas für den

Staat Israel einen religiösen Eifer.

Bei der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sagten zwei evangelikale Pastoren aus Texas, die zum offiziellen Staatsbesuch der USA mitgebracht wurden, dass die Gründung Israels „die Prophezeiungen der Propheten

von vor Tausenden von Jahren erfüllt hat“ und dass „der Messias [nach Jerusalem] kommen und ein Königreich errichten wird, das niemals enden wird“.

Diese „Wir-gegen-die-Mentalität“ passt perfekt zu dem für die evangelikale Botschaft so wichtigen Thema der Opferschaft und des Leidens.

Entfremdung und Not, die durch den Kapitalismus erneuert und als (vermeintliche) religiöse Verfolgung getarnt wurden, wurden zu einem mächtigen

Instrument, mit dem eine große Zahl von Menschen angezogen wurde, und wurden zu

einem integralen Bestandteil der evangelikalen Identität. Wahrgenommene Bedrohungen wie Feminismus, legalisierte Abtreibung, gleichgeschlechtliche Heirat und die Rechte von Schwulen und Transgendern haben zu einer Botschaft

des ressentimentgeladenen Untergangs-Populismus geführt und jede Art von Klassenbewusstsein verhindert.

Die konservativen FührerInnen aller Richtungen haben ihre

Lektion gut gelernt: Wiederhole die und identifiziere Dich mit der Gefahr des Opfern von ChristInnen, versprich,

ihren Glauben zu schützen, und Du wirst gewinnen! Mit den Worten von Donald

Trump, der die Stimmen von über 80 Prozent der Evangelikalen erhielt, die etwa

ein Drittel der WählerInnenschaft ausmachen: „Wir werden das Christentum in den Vereinigten Staaten schützen.“

In Brasilien mobilisierten evangelikale FührerInnen zur Unterstützung von Bolsonaro und seinen „traditionellen Familien“-Werten gegen eine PT (ArbeiterInnenpartei)-Regierung, die während ihrer 13-jährigen Regierungszeit einige Rechte für Minderheiten eingeführt, eine Debatte über die Entkriminalisierung der Abtreibung in das Unterhaus gebracht hatte und Pläne erwog, die Geschlechtervielfalt in den Unterrichtsplan aufzunehmen.

Innerhalb von 40 Jahren hat sich die brasilianische Bevölkerung von neunzig Prozent KatholikInnen auf ein Drittel Evangelikale verschoben. Die evangelikalen Kirchen betreiben heute über 600 Fernseh- und Radiokanäle, darunter auch die zweitgrößte Fernsehgesellschaft des Landes, Rede Record, die dem UCKG-Gründer Edir Macedo gehört.

Bolsonaro lehnte Fernsehdebatten mit anderen KandidatInnen ab, gab Rede Record jedoch ein exklusives sowie sein erstes Interview nach dem Gewinn des Präsidentenamtes. In diesem Interview beschrieb er die „ethische und moralische Krise“ Brasiliens und drohte, die AnhängerInnen der PT ins Exil zu schicken.

Politischer Evangelikalismus und seine Auswirkungen auf

Frauen

Im letzten halben Jahrhundert hat die Ehe zwischen rechter Politik und dieser unterdrückenden christlichen Sekte die Ungerechtigkeit unter den Armen und Minderheiten der Welt – insbesondere den Frauen – eskaliert, indem sie die biblische Rechtfertigung der Überlegenheit des Mannes über die Frauen benutzt hat, um das kapitalistische Patriarchat aufrechtzuerhalten. Religionsgemeinschaften bringen die Stimme der Hälfte der Bevölkerung zum Schweigen und lenken den berechtigten Zorn auf Verarmung und Ungleichheit (finanziell wie sozial) in Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität um.

Diese Überzeugungen werden zur Waffe für die Unterordnung von Frauen gemacht und setzen strenge Geschlechterrollen durch, wodurch Frauen als „andere“ entmenschlicht werden und die Notwendigkeit männlicher Autorität in einer typisch rechtspopulistischen Strategie geschaffen wird. Die starre biblische Machthierarchie des Autoritarismus schafft und fordert bedingungslosen Gehorsam.

Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind nach diesen Prinzipien geordnet: Ehefrauen unterwerfen sich den Ehemännern, Kinder den Eltern, Gemeinden der Kirchenleitung, BürgerInnen dem Staat und alle Gott – wobei Gott in der Regel der Kirchenleitung gleichgestellt wird. Gleichberechtigung – und Klassen – gibt es in dieser Struktur nicht.

Mit Frauen am unteren Ende der Gesellschaft ist ihr geringes Selbstwertgefühl garantiert. Da sie aufgrund ihrer angeborenen Unwürdigkeit ständig auf Errettung angewiesen sind, lauert immer Scham und Schande.

Unverheiratet zu sein; kein Kind empfangen zu können; Sex außerhalb der Ehe zu haben; eine Schwangerschaft abubrechen; vergewaltigt zu werden; nicht so klug, so fähig, so fleißig wie ein Mann zu sein, basiert auf dem Gefühl der Scham, einer Schande, die durch den Willen Gottes erzwungen wird.

Sogar die Mehrheit der nicht-evangelikalen Frauen, die sich nicht schämen, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, wissen, dass Stigma und Geheimhaltung sie bedecken; sie wissen nie, wem sie es sicher sagen können. Das ist der Einfluss, den diese Bewegung auf Teile der Gesellschaft ausübt und der uns alle zu beherrschen versucht und bedroht.

Schlussfolgerungen

Der Aufstieg des christlichen politischen Evangelikalismus ist im Grunde eine reaktionäre Bewegung in allen Definitionen des Wortes. Er ist eine Reaktion der KapitalistInnenklasse auf den zunehmenden Kampf gegen die immer strengeren Sparmaßnahmen, die notwendig sind, um das System am Laufen und profitabel zu halten.

Für Teile der ArbeiterInnenklasse ist es eine Reaktion auf die anhaltende Stagnation des senilen Kapitalismus, der die nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Menschen, vor allem die Frauen, wirtschaftlich, politisch und sozial an Boden verlieren lässt. Das Fehlen einer revolutionären sozialistischen Alternative zur Verbesserung dieser realen Bedingungen macht die Religion noch attraktiver.

Sie spielt mit der Angst vor dem Tod und dem Mangel an Lebenschancen. Wenn man nämlich keine Möglichkeit sieht, seine Stellung in diesem Leben zu verbessern, kann man genauso gut auf das Leben nach dem Tod

setzen. Gleichzeitig bietet sie eine wirkungsvolle Alternative zur einschmeichelnden geistigen Nahrung des Katholizismus und des Mainstream-Protestantismus, die beide weder wirkliche Möglichkeiten zur Veränderung des heutigen Status noch die emotionale Befriedigung eines glühenden Glaubens an ein Paradies jenseits des Todes bieten.

Und obwohl alle Teile der ArbeiterInnenklasse für dieses kapitalistische Gift bezahlen werden, sogar die Evangelikalen, werden die Frauen am meisten blechen. Rechte werden beschnitten, der politische Einfluss

in der Gesellschaft wird eingeschränkt, das Selbstwertgefühl wird zerstört, und

die Vorbilder für Frauen werden auf Schmarotzerinnen wie Jeanine Áñez, die derzeitige Interimspräsidentin Boliviens, reduziert.

Viele der schlimmsten Gräueltaten der Geschichte wurden unter dem Einfluss der Religion begangen. Eine bessere Welt ist möglich, aber sie wird für Frauen und Männer nicht unter dem Deckmantel von Religion jeglicher Art gefunden werden.

Das bedeutet nicht, dass wir als KommunistInnen die Unterdrückung der Religion fordern; im Gegenteil, wir fordern die Freiheit der

Religionsausübung für alle – solange eine solche Praxis nicht die Freiheit der anderen beeinträchtigt, weder innerhalb noch außerhalb der Sekte. Man braucht

nur die verzweifelte Notlage der UigurInnen in China oder der Minderheiten in

islamistischen Regimen zu betrachten, um zu sehen, dass religiöse Verfolgung

tatsächlich existiert – und in beide Richtungen zuschlägt.

Aber während die Religion auch
unterm Kapitalismus notwendiges Opium bleibt und einen Zufluchtsort für
Milliarden in einer feindlichen und grausamen Welt bietet, predigt sie die
Unterwerfung unter die bestehende Ordnung und lenkt die Sehnsucht nach
einer
besseren Welt in ihr Gegenteil, die Unterstützung von Ausbeutung und
Unterdrückung, um. Wann und wo immer religiöse Institutionen in die
irdische
Welt eingreifen, widersetzen wir uns mit Händen und Füßen.

Wir brauchen eine weltweite Einheit des Kampfes auf der
Grundlage der ArbeiterInnenklasse, um diese wachsende Bedrohung auf der
ganzen
Welt zu bekämpfen, mit Frauen an der Frontlinie im Kampf gegen die
besondere
Unterdrückung, der sie durch die evangelikale christliche Reaktion
ausgesetzt sind
und sein werden.

Frauen in China: die „Verliererinnen“ des Aufschwungs?

Resa Ludivien, Unterstützerin Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre
Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Die Situation von und für Frauen in China hat sich in den
letzten Jahren sehr verändert, was vor allem daran liegt, dass es eine
Neuorientierung der chinesischen Politik mit der Wahl Xi Jinpings zum
Staatspräsidenten gab. Doch schaut man sich die Entwicklungen der letzten

Jahre an, erscheinen die Veränderungen -Kämpferinnen im Krieg, wichtiger Teil

der chinesischen Planwirtschaft, zurück an den Herd verdammt - besonders gravierend.

Gerade Frauen, die nach der neuen chinesischen Politik nicht (mehr) ins Weltbild passen, haben es in China immer schwerer. Dazu gehören

nicht nur weiterhin Aktivist_Innen für Frauenrechte, solche, die der heteronormativen Norm entsprechen, sondern auch zunehmend muslimische Frauen

sowie Frauen, die selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und deswegen keine Familie oder Kinder anstreben oder selbst einen Anteil am chinesischen

Aufschwung einfordern. Man könnte daher glatt die Frage in den Raum stellen, ob

sie nicht die „Verliererinnen“ des Aufschwungs und der Politik Xi Jinpings sind und zukünftig auch sein werden.

Doch zunächst muss geklärt werden, woher die heutigen Besonderheiten Chinas herrühren. Genauso wie in anderen (Groß-)Reichen, vor

allem in Asien, gab es in China eine andere Form der vorkapitalistischen Wirtschaft als Antike bzw. Feudalismus. Marx und Engels nannten sie asiatische

Produktionsweise, doch kam sie auch in anderen Erdteilen vor (z. B. Mittel- und Südamerika). Auffällig ist, dass der „Staat“, sprich der jeweilige Herrscher und seine Beamten, eine wichtige Rolle in Produktion und Handel spielte. Gründe für diese starke Stellung waren die Größe der damaligen Flächenstaaten, aber auch klimatische Verhältnisse, die stets zwischen Dürre und Überschwemmungen schwankten und deshalb eine zentrale Bewässerungswirtschaft erforderten. Um Anbau von Nahrung und Produktion anderer

Güter zu ermöglichen, brauchte man zuverlässige Verantwortliche, die sich

u. a. um das Bewässerungssystem des Landes kümmern. Kein Wunder also, dass sich in diesen Ländern eine starke bürokratische Elite entwickelt hat, die die Produktionsmittel verwaltete. Im alten Ägypten waren es die Pharaonen und die Priesterkaste und im vormodernen China der Kaiser und seine Beamten (Mandarine). Allerdings konnten dies nur Männer werden, genauer gesagt Männer aus reichen Familien. Ein solcher Posten bedeutete nicht nur sozialer Aufstieg, sondern natürlich auch Macht. In den Quellen aus der Vormoderne spielen Frauen in China nur eine geringe Rolle, weswegen wir heute vor allem die erniedrigende Praxis des Füße Bindens mit ihrer Stellung in Verbindung bringen. Allerdings ist gewiss, dass trotz des patriarchalen Systems Frauen aus der Klasse der Bäuerinnen und Bauern stark am Produktionsprozess in Haus und Hof sowie auf den Feldern beteiligt waren.

Zwischen Fortschritt und Rückschritt

Als 1949 die Volksrepublik China gegründet wurde, wurde die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung niedergeschrieben. Nicht nur, weil jene, die sich selbst als Kommunist_Innen sehen, wissen, dass ein Sozialismus nur mit Frauenbefreiung einhergehen kann, sondern auch, weil sie beim Aufbau des neuen Staates gebraucht wurden. Natürlich war auch damals die Frau gesellschaftlich noch nicht gleichgestellt, sodass in der Verfassung mehr ein Ziel formuliert wurde, als es je unter der Herrschaft der KP Chinas Wirklichkeit wurde. Doch 70 Jahre später und nach der ab Ende der 1970er Jahre

eingeleiteten wirtschaftlichen Neuorientierung, die zwar den Lebensstandard insgesamt gehoben hat, hat sich die Lage der Frau in den letzten Jahren verschlechtert.

Ab dieser Zeit wurde die Restauration des Kapitalismus in der VR China eingeleitet. Dieser spielte ab Beginn der 1990er Jahre wieder die bestimmende Rolle im Land. Schon vor der letzten Weltwirtschaftskrise war China in die Reihen der imperialistischen Großmächte aufgerückt, was sich heute im Hauptkonflikt zwischen China und den USA niederschlägt. Davor, seit dem Korea-Krieg, war die VR China ein von Beginn an bürokratisch degenerierter ArbeiterInnenstaat ähnlich der UdSSR, Osteuropa, Nordkorea und Kuba. Die Mehrheit der Bevölkerung stellte aber bei Weitem die Bauern- und Bäuerinnenschaft.

„Gender Pay Gap“, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen, spielt auch in China eine Rolle. War China 2008 noch auf Platz 57, was diese Ungleichheit angeht, lag sie im Jahr 2017 nur noch auf Platz 100. Noch schlechter schnitten Frauen mit Kind in China ab. Ist der Negativmaßstab 42 %

weniger Lohn für Mütter, beträgt er für kinderlose Frauen immerhin 37 %. Und dies, obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von sehr gut ausgebildeten Frauen in China gibt. Diese Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt dazu,

dass Frauen entweder in die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehepartner

gedrängt werden, der sie aufgrund fehlenden Geldes nur schwer wieder entfliehen

können, oder aber in die Schwarzarbeit, zu menschenunwürdigen Bedingungen. Letzteres

trifft gerade auf arme Frauen und den Großteil der weiblichen Landbevölkerung

zu – eine Gruppe, die, wenn sie in die Städte geht, um Arbeit zu suchen, in

China sowieso schon unabhängig vom Geschlecht kriminalisiert ist.

Die Restauration des Kapitalismus seit Mitte der 1970er Jahre hat sich also negativ ausgewirkt. Die Bestrebungen Xi Jinpings, China zur weltweit dominierenden imperialistischen Macht zu machen, also den USA ihren Rang abzulaufen, haben ihr Weiteres dazu getan. Sein nationalistisches und militärisches Programm ist dabei ebenso zu nennen wie seine neue Wirtschaftspolitik. Die chinesische Wirtschaft wird heute vor allem von Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe dominiert. Allerdings verlagert China seine Produktion zunehmend in afrikanische Länder und nach Südostasien, nicht nur weil es dort lukrativer ist, sondern auch, um im Kampf um die Neuaufteilung der Welt sein Einflussgebiet zu vergrößern. Mittelfristig wird dies gerade jene Frauen treffen, die durch die Restaurationspolitik eine Arbeit in der kapitalistisch umstrukturierten Industrie annehmen mussten und deren Arbeitsplätze in China wegfallen werden.

Frauenbewegung in der VR China

Schaut man sich ein Bild vom letzten Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei an, sieht man.....Männer. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Rolle der Frau in den Augen der KP im Jahr 2019.

Auch die offizielle Frauenorganisation kann dieses Missverhältnis nicht aufheben und möchte es auch nicht. Doch eine unabhängige

Organisierung in China ist schwierig, da es weder Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt, geschweige denn das Recht, sich legal zu organisieren.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste von Frauen. Insbesondere die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt spielten dabei eine wichtige Rolle. Im Jahr 2017 rangierte China auf einem der letzten Plätze, wenn es um „Überleben und Gesundheit“ von Frauen geht. Kein Wunder, dass es die #Me-Too-Bewegung sogar bis nach China geschafft hat. Über Tausende beteiligten sich und Hunderte Millionen Menschen (Vergleich: Deutschland hat nicht einmal 100 Millionen Einwohner*innen) teilten die Beiträge von Frauen, die über ihr Erlebtes berichteten. Über 70 % der chinesischen Frauen gaben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Dennoch geht man von einer noch höheren Dunkelziffer aus. Nach einer solchen Umfrage musste das zuständige Institut in Guangzhou (Kanton), das zu Gleichberechtigung forschte, seine Arbeit einstellen. Außerdem wurden in sozialen Medien die Accounts von Aktivist_Innen gesperrt. Daran erkennt man, wie sehr dem Staat dieses Thema ein Dorn im Auge ist.

Auch die 37-tägige Inhaftierung der sog. „Feminist Five“ Li Maizi, Zheng Churan, Wei Tingting, Wu Rongrong und Wang Man im Jahr 2015 bestätigt dies. Man versucht, durch solche Aktionen die Aktivist_Innen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch durch das Abschneiden von der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch gerade Aktivist_Innen wie Li Maizi macht man nicht so leicht mundtot. Sie engagiert sich nicht nur

für Frauenrechte in China, sondern stellt auch ein Bindeglied zur kriminalisierten LGBTIQ-Community her. Diese wiederum hat viele weibliche Aktivist_Innen und nicht nur solche, die selbst Teil der Community sind. Auch viele Mütter, die sich gegen die Entkriminalisierung ihrer Kinder einsetzen, beteiligen sich am Protest.

Was tun die Gewerkschaften für chinesische Frauen?

Im Grunde kann man sagen, dass die einzige legale Gewerkschaft (Allchinesischer Gewerkschaftsbund; ACGB) mit über 300 Millionen offiziellen Mitgliedern keine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne darstellt. Sie ist weder in den Betrieben verankert noch vertritt sie die Interessen der Arbeiter_Innen. Auch ist ihre Führung durch den Staat eingesetzt und somit nicht frei gewählt. Insgesamt besteht die Strategie Pekings darin, Protest zu entpolitisieren.

Dennoch gab es einen Anstieg von Arbeitskämpfen in China in den letzten 30 Jahren, was mit seiner Entwicklung zu einem wichtigen Player des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Gerade der Südosten Chinas hat viele Kämpfer_Innen hervorgebracht. So gab es bspw. seit 2008 immer wieder Streiks im Reinigungsbereich. Angeführt wurden diese von Frauen. Auch in China ist dies ein Sektor, in dem gerade Menschen arbeiten, die sonst keine bessere Jobperspektive haben wie Alte, Arme, Migrant_Innen und Frauen. Im Jahr 2014 wurde das Guangzhou's Higher Education Mega Center, das 200.000 Studierende umfasst, von den Arbeiter_Innen der Putzfirma bestreikt. Von Anfang an verbanden sie Migrant_Innen und Frauen durch Selbstorganisation. Sie

wählten

sogar 18 Vertreter_Innen, von denen 5 zugelassen waren, für Gespräche mit der

Firma. Ebenso solidarisierten sich Hunderte Studierende. Diese Arbeitskämpfe

bilden einen wichtigen Pol, um den herum sich der Aufbau vom Staat unabhängiger, klassenkämpferischer und antibürokratischer Gewerkschaften vollziehen kann, die überdies weit mehr Schichten als die ArbeiterInnenaristokratie organisieren müssen und können.

Innere Widersprüche und die Stellung der Frau in China

Wie in allen anderen Kulturkreisen gibt es auch in China historische Begebenheiten und Vorstellungen, die die Stellung von Frauen sowie

das Miteinander der Gesellschaft bis heute prägen. In Ostasien ist das u. a. die Philosophie des Konfuzianismus.

Allerdings war eines der einschneidendsten Erlebnisse für Frauen in der jüngeren Vergangenheit vor allem die Ein-Kindpolitik ab 1979, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurde. Familien durften nur ein Kind bekommen

(mit Ausnahmen u. a. auf dem Land, da dort die Arbeitskraft benötigt wurde) und Mädchen wurden in großer Zahl getötet. Gründe dafür sind nicht nur das Prestige, dass ein Junge und späterer Erbe mit sich brachte, sondern auch die Tatsache, dass Mädchen, um zu

heiraten, ihre Familien verlassen würden und sich somit nicht um die Eltern kümmern könnten. Heute kommen ca. 100 Frauen auf 121 Männer. Die Auswirkungen

hiervon sind Raub an jungen Mädchen in China und angrenzenden Ländern sowie

eine Konzentration unverheirateter Männer in armen Provinzen.

Am Beispiel Hongkong kann man viele Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft ab der Phase der Restauration erkennen und beschreiben. Hier ist der Konflikt zwischen kapitalistischen Bestrebungen und Frauenbefreiung täglich sichtbar, die Probleme der doch nicht so gleichgestellten Frau treten offen zu Tage.

Hongkong ist für viele Chines_Innen das Ziel ihrer Träume. Die ehemalige britische Kronkolonie, heutige bedeutender Finanzstandort, verspricht der armen Bevölkerung auf dem Land Arbeit und ein besseres Leben. Doch kann die Stadt dieses Versprechen nicht halten. Dennoch ist dies eine Frage, die nur wenige von den immer wieder aufkeimenden und aktuell stattfindenden Protesten aufgreifen. Etwa die Hälfte aller Demonstrant_Innen bei den weiterhin anhaltenden Protesten sind Frauen. Unabhängige Frauengruppen- und -initiativen haben sich herausgebildet. Dennoch: Veraltete Rollenbilder von Frauen, die schweigen und sich gefälligst mit nichts außerhalb des privaten Raums beschäftigen sollen, gibt es natürlich nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien. Um Frauen daran zu erinnern, wo aus patriarchaler Sicht ihr Platz ist, greifen Polizist_Innen in Hongkong zu einer ganz besonderen Form der Gewalt: sexualisierter Gewalt. Ungefähr jede fünfte Frau, die festgenommen wurde, berichtet von sexueller Belästigung und Gewalt durch die Polizei. Die Bewegung reagierte mit Demonstrationen dagegen, die von Tausenden besucht wurden. Und nicht nur Frauen solidarisieren sich, auch Männer. Ein kleiner Anfang.

Proletarische Frauenbewegung jetzt!

Die #Me-Too-Bewegung hat den Bedarf, den es auch in China gibt, gezeigt. Jetzt gilt es, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht

nicht nur eine Selbstorganisation, sondern aufgrund der hohen Zahlen an häuslicher und sexualisierter Gewalt organisierten Selbstschutz. Doch eine Organisation der Frauen ist nur möglich, wenn man einerseits trotz all der Repression immer wieder Öffentlichkeit für die Themen schafft und andererseits die Herausforderung angeht, trotz überwachter sozialer Medien, Frauen über größere Entfernungen hinweg zu organisieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Hier kann allerdings von der Queerbewegung gelernt werden, die es seit Jahren immer wieder erfolgreich schafft, sich zu organisieren und auch Treffen zu abzuhalten. Der Gebrauch von dafür genutzten Tarninternetseiten sollte aber dabei dem Verkehr über WeChat vorgezogen werden.

Die Perspektive, die eine chinesische Frauenbewegung braucht sind nicht nur praktische Antworten auf Diskriminierung, sexualisierte Gewalt und Repression, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe mit anderen Betroffenen der chinesischen Politik, sprich eine internationalistische Perspektive. Ebenso darf man nicht vergessen, dass derzeit viele der Aktivist_Innen aus der gebildeten Schicht in den Großstädten stammen. Auf die Interessen von proletarischen Frauen muss daher dringend eingegangen werden. Eine Verbindung einer chinesischen Frauenbewegung mit der von Peking stillgehaltenen Arbeiter_Innenbewegung ist unabdinglich. Alles andere als eine solche proletarische Frauenbewegung würde auch darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der neuen Politik und der patriarchalen Gesellschaft Chinas gerade Arbeiterinnen trifft. Sie werden von

ihren Familien getrennt und kriminalisiert, weil sie versuchen, in den Städten Arbeit zu finden. Sie sind es, die aufgrund schlechter Ausbildung und Jobs der

häuslichen Gewalt nicht entfliehen können und auch zunehmend ihre Jobs verlieren werden, wenn China die Produktion weiter ins Ausland verlagert. Gleichzeitig sind nur sie zahlenmäßig und von ihrer Klassenstellung her im Unterschied zu (bildungs-)bürgerlichen und Mittelschichten dazu in der Lage,

durch Streiks, v. a. gemeinsame mit ihren männlichen Kollegen, und weitere Mittel die chinesische Gesellschaft in Bewegung zu setzen und für die Befreiung der Frau einzutreten.

Kommunistinnen müssen an vorderster Front in den Massenorganisationen ihrer Klasse arbeiten, v. a. in Gewerkschaften und Frauenbewegung, um sie für revolutionär-sozialistische Ziele zu gewinnen, eine neue revolutionäre kommunistische Massenpartei und kommunistische Frauenorganisation aufzubauen.

- Für eine internationale, proletarische Frauenbewegung und -internationale!
- Für Frauenselbstorganisation- und -selbstverteidigungsgruppen!
- Bildet unabhängige Gewerkschaften!
- Für den Aufbau einer revolutionären Fünften ArbeiterInneninternationale!